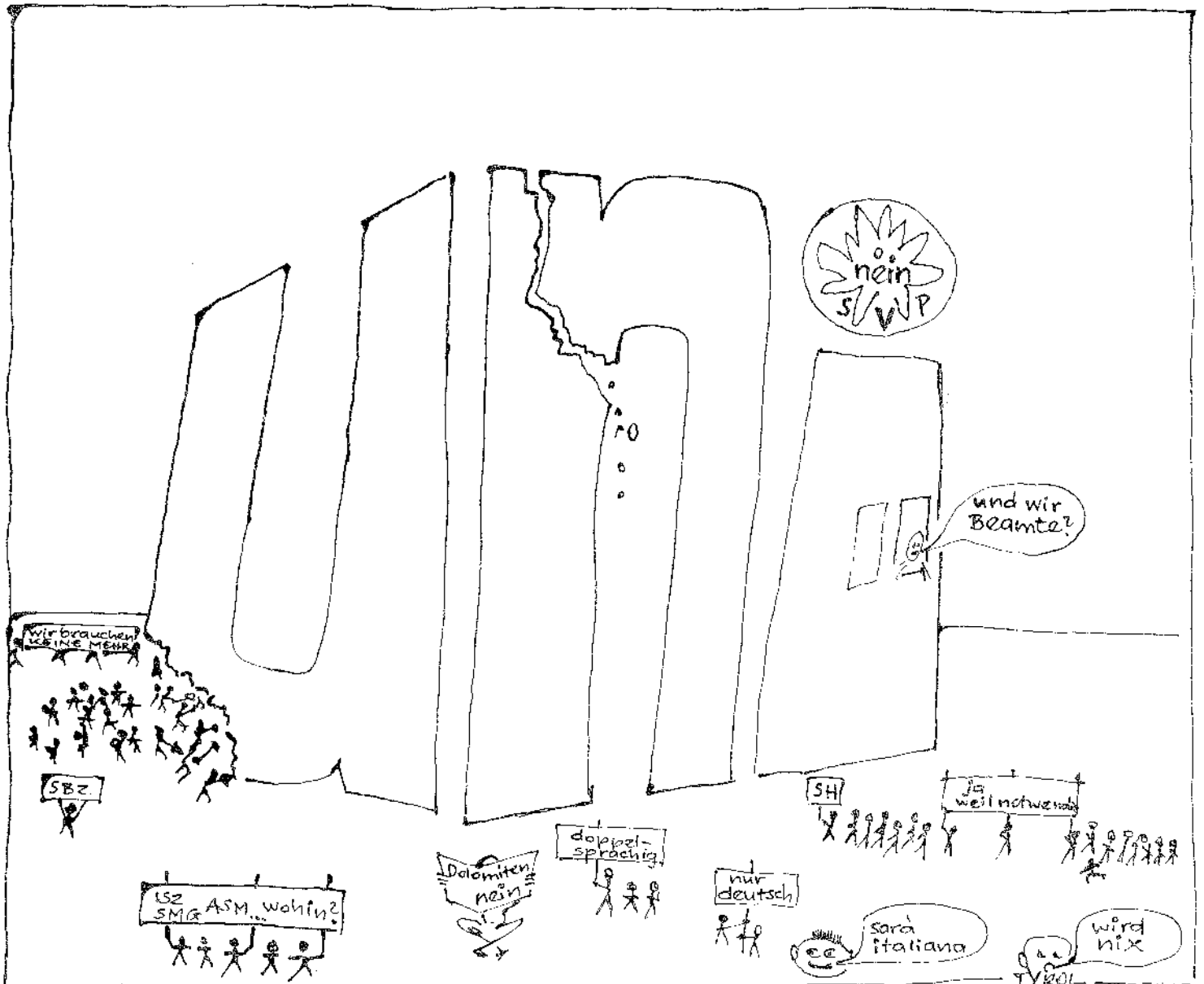


skolast

nummer 2

der fahrende skolast - zeitschrift der südtiroler hochschüler - mai 1974 - 19. jahrgang



Die Spalte des Pressereferenten

Diese Nummer versucht, weiterhin auf die Beziehung Ausbildungssysteme -- Gesellschaft einzugehen.

1. *„Zur Universität“: Dieser Artikel versucht, einen Diskussionsstand innerhalb des SH-Vorstandes anzugeben. Er ist noch nicht endgültig, er versucht eine Ausgangsbasis für die Studientagung darzustellen.*
2. *Zu „Università e territorio“: Dieser Diskussionsbeitrag versucht einmal, sich von traditionellen Vorstellungen von Bildung zu lösen und versucht zu zeigen, warum eine traditionelle Universität auch für Südtirol wenig sinnvoll wäre und zum zweiten anzugeben, welches die Interessengruppen für die Durchsetzung einer geänderten Vorstellung von Bildung sind.*
3. *Zu „Ausbildungssystem - Gesellschaft“: In diesem Artikel wird zu zeigen versucht;*
 - a) *was die Trennung körperliche -- geistige Arbeit für Gesellschaft und Ausbildungssystem bedeutet,*
 - b) *warum die Schule „dem überall in einer strukturellen Krise steckt“,*
 - c) *wie aus dieser Krise herauszukommen sei.*
4. *Zu „Widersprüche und Veränderungsperspektiven im Ausbildungssektor“: in diesem Artikel soll das Ausbildungssystem konkret auf die Widersprüche der einzelnen Kapitalinteressen bezogen werden.*
5. *Zur „Diskussion des bürgerlichen Staates“: In der letzten Nummer und auch in dieser Nummer ist im Zusammenhang mit Bildungsproblemen vom Staat gesprochen worden. Es scheint wichtig, den Staat in seinen ganzen Widersprüchen zu sehen, nicht ausschließlich nur im Zusammenhang mit Bildung.*

Elmar Locher

Inhalt

- | | |
|----|---|
| 1 | Walter Gafner/Elmar Locher: Zur Universität |
| 3 | Gruppo di Architettura Bolzano-Venezia: Università e territorio |
| 5 | Florian Fiedler: Bemerkungen zum Verhältnis: Ausbildung und Gesellschaftssystem |
| 7 | Sepp Kußtatscher: Vorbereitung auf die Studientagung |
| 10 | Klaus Reider: Gesellschaft und Schule |
| 11 | Dr. Otto Vinatzer: Glosse |
| 14 | Werner Unterhauser: Beitrag zu einer Diskussion über den bürgerlichen Staat |
| 17 | Sepp Kußtatscher: Südtirols Bildungsprobleme |
| 18 | Leserbriefe |
| 19 | Thomas Menghin: Zum Thema „Schülerrat“ |
| 19 | Martin Schweiggel: Wehrdienstverweigerung in der Praxis |
| 21 | Kurt Pardeller: RAI-TV/Sender Bozen |
| 23 | Sepp Kußtatscher: SH-Information Promotionen |

Zur Universität

Dieser Artikel versucht einen Diskussionsstand innerhalb des SH-Vorstandes anzugeben, er verweist auf Widersprüchliches. Er kann nur im Zusammenhang mit den anderen Fragen der Bildung und der Universität, die in den Artikeln dieser Nummer beschrieben werden, gelesen werden.

Hochschule in Südtirol --- für Südtirol

So lautete 1970 das Thema der Studientagung der Südtiroler Hochschüler-schaft. Wir kommen auf diese Tagung zurück, weil sie die Diskussion über eine Hochschule in Südtirol in einer breiteren Öffentlichkeit in Gang setzte, und weil sie für die Politik der SH-Eührung in den folgenden Jahren nicht ohne Bedeutung geblieben ist.

Am Diskussionsstand, der damals erreicht wurde, scheint uns folgende Diskrepanz bemerkenswert zu sein: Auf der einen Seite kamen bereits relativ durchdachte Vorstellungen und Einwände für eine Hochschule in Bozen zur Sprache, auf der anderen Seite ist die Diskussion über grundlegende Begriffe und Beziehungen u.ä. oberflächlich geblieben. Gemaint sind Begriffe wie Bildung, Kultur, Beziehungen wie jene zwischen Bildung und Gesellschaft. Es geht uns nicht etwa um „Wesensbestimmungen“ solcher Begriffe, denn wo solches versucht wird, kommen meist Definitionen heraus, die selb in sich selbst ruhn, sonst aber nichts leisten. Um zu verdeutlichen, was wir meinen: Wenn etwa auf der erwähnten Tagung fast einhellig die Auflösung vertreten wurde, daß das Ausbildungs-niveau der deutschen Volksgruppe niedriger sei als das der italienischen, so werden immerhin die Volkgruppen als jeweils einheitliches Ganzes verstanden. Von einem solchen Ansatz aus liegt dann die Folgerung nahe, daß die Hebung des Ausbildungs-niveaus der deutschen Volksgruppe diesen die kulturelle und wirtschaftliche Stellung bringt, die ihr „zusteht“. Damit wird dem Bildungswesen hier im Lande eine Funktion zugeschrieben, die keineswegs selbstverständlich ist.

Beim Begriff „Kultur“ stellt sich die Frage, ob man darunter etwas von sozialen und ökonomischen Prozessen völlig Abgehobenes versteht oder nicht. Setzt man schließlich Bildung bzw. Bildungseinrichtungen in Beziehung zu Gesellschaft, Wirtschaft, so hängt vieles davon ab, ob man letztere als homogene Gebilde oder als wesentlich von Macht- und Herrschaftsausübung geprägte versteht.

Wir wollen hier aber nicht die Ergebnisse der 70er Tagung im einzelnen ana-

lysi-eren, sondern vielmehr die weitere Politik der SH verfolgen.

Die politische Ohnmacht der SH

Im April 1971 sagte der Ausschuß der SVP „Noja“ zur Universität und gleichzeitig „Ja“ zu Werkstudentenkursen (Hochschulkurse für Werk-tätige). Die SH stieg dem auch in dieser Frage massiv ein. Dabei ging sie von folgenden Grundsätzen aus:

1. Über Trägerschaft und Form der Durchführung dieser Hochschulkurse soll in Südtirol entschieden werden.

2. Für Südtirol wichtige Entscheidungen sollen die Bedürfnisse aller Volksgruppen berücksichtigen.

Von daher ergibt sich die Forderung der SH, daß die Werkstudentenkurse in Zusammenarbeit zwischen einer österreichischen und einer italienischen Hochschule durchgeführt werden sollen, konkret zwischen Padua und Innsbruck. Man meinte damals auch dazu, Kurse auf einer solchen Basis als „Ver-länger“ einer Universität zu betrachten.

Über die Allianz zwischen SH und Kulturassessor, die sich in der Frage der Werkstudentenkurse ergab, wanderten sich einige. Die SH drängte ständig bei Assessor Zelger auf eine rasche Verwirklichung der Kurse nach dem Modell Padua-Innsbruck. Sie tat sich auch mit anderen Organisationen (Verbänden) zusammen und begründete ihren Standpunkt wiederholt in der Öffentlichkeit. Die Bilanz all dieser Bemühungen ist ernüchternd. Zu „Dank“ verpflichtet ist die SH dafür natürlich auch der Ebner-Presse.

Universität — Werkstudenten-kurse — Universität

Wie kommt es, daß der SH-Vorstand neuerlich eine Tagung über „Hochschule in Südtirol“ plant und dabei dezidiert von der Notwendigkeit einer solchen Einrichtung ausgeht? Für einige innerhalb der SH ergibt sich die Notwendigkeit einer Universität aus der schlichten „empirischen“ Tatsache, daß derzeit bereits mehrere Universitäten bzw. Institute in Südtirol Hochschulkurse für Werk-tätige abhalten. Sie sagen also gleichsam: „Was brauchen wir noch Zeugnisse?“

Andererseits geht auch die nationale und internationale bildungs-politische Diskussion nicht „spurlos“ an uns vorüber (siehe Thesenpapier S. 8/9).

Die für diesen Artikel verantwortlich zeichnenden Vorstandsmitglieder der SH halten es für vordringlich, gerade hier einzusteuern, was natürlich bei manchen Lesern den Eindruck erwecken mag, daß wir damit von „realen“

und „besonderen“ Problemen Südtirols ablenken.

Dazu müssen wir sagen, daß oft genug auf die „besondere“ Situation Südtirols insistiert wird, und dabei werden dann eben unserer Meinung nach „reale“ Probleme verschleiert.

Als Beifolger einer Universität in Südtirol bekommt man mitunter — unter Hinweis auf die Situation in westlichen Ländern — den Einwand zu hören, es müsse erst an Hand statistischer Daten bewiesen werden, daß für die Zukunft ein steigender Bedarf an Akademikern bestimmter Fachrichtungen bestehe. Denn falls ein solcher nicht festzustellen sei, hieße es, für ein „Akademikerproletariat“ einzutreten. Nun bestritt niemand, daß es in Südtirol um die Ausbildung der Lehrkräfte schlecht bestellt ist. Ebenso sicher ist, daß das Doktoratsstudium weder in Österreich noch in Italien die pädagogisch-didaktische Ausbildung der Lehrkräfte angemessen sicherstellen kann (siehe Thesenpapier!). Im Zuge der Durchführung des ethnischen Prozesses gibt es freie Stellen für Wirtschaftler und Juristen. Aber wieviele? Und die Absolventen anderer Fachrichtungen?

Das Elend der Bildungsökonomie

Oben hier wird es notwendig, grundsätzlicher zu werden. Denn mit solchen Fragen schlagen sich derzeit die Bildungsökonomien des In- und Auslandes herum. Dabei unterscheiden man unterschiedliche Modelle des Vorgehens. Die wichtigsten (bereits angewandten) wurden im folgenden skizziert.

A) Das angebotsorientierte Modell

Bei diesem Modell wird das Angebot an Ausbildungsplätzen eines bestimmten Bildungssystems im Verhältnis zur Nachfrage nach Ausbildungsplätzen für einen bestimmten Zeitraum zu ermitteln sowie abzuschätzen versucht, welche Sach- u. Personalaufwendungen notwendig sind, um das Angebot an die Nachfrage anzugleichen. Im einzelnen werden folgende Merkmale berücksichtigt: Die Schulbesuchsquoten der Vergangenheit, ihre zu erwartende Änderung durch die Bevölkerungsentwicklung, die bisherigen Sitzenbleiberquoten. Dieses Modell liegt auch der Studie zugrunde, die im Auftrag des Assessorats für Wirtschaftsprogrammierung und Raumplanung von Callegari/Kastlunger (veröffentl. 1973) ausgearbeitet wurde. Dabei wurde der Bedarf auf dem Südtiroler Schulsektor bis zum Schuljahr 1980/81 berechnet.

Im angebotsorientierten Modell ist die Annahme enthalten, daß jeder Ausgebildete, unabhängig von der Dauer

und Fachrichtung des Ausbildungsganges sowohl überhaupt einen Arbeitsplatz findet als auch einen solchen, der seiner Ausbildung angemessen ist. Der Widerspruch zwischen der individuellen Nachfrage nach Ausbildung und dem wirtschaftlich bedingten Angebot an Arbeitsplätzen tritt dann offen zu Tage, wenn ein Mangel oder eine „Überproduktion“ von Ausgebildeten bestimmter Fachrichtungen herrscht. Die Entwicklung der Arbeitsplatzstruktur von Wirtschaft und Verwaltung bedingt die Nachfrage nach Qualifikationen. Steht dieses Nachfrage ein größeres Angebot gegenüber, so gibt es einen Konflikt zwischen dem „Recht auf Bildung“ und dem „Recht auf einen der Ausbildung angemessenen Beruf“. In Italien beispielsweise gab es im Jahr 1970 56.000 arbeitslose Akademiker bzw. solche, die einen Beruf ausübten, der ihrer Ausbildung nicht angemessen war.

Man muß aber noch eines berücksichtigen: Es gibt Ausbildungssysteme, wo die Spezialisierung sehr früh eintritt und wo die verschiedenen Ausbildungsgänge stark auf bestimmte Berufe hin orientiert sind — wie etwa in Italien — und solche, deren Ausbildungsgänge flexibel und auf allgemeinere Fähigkeiten ausgerichtet sind und daher das kurzfristige Auslernen in vielen Berufen ermöglichen (etwa in USA).

Bemgemäß eignet sich das angebotsorientierte Modell nicht für Länder mit einem Ausbildungssystem der ersten oben angeführten Art. Diese müssen sich an der Nachfrage der Wirtschaft orientieren. Und was ist dann mit dem Recht auf Bildung? Der deutsche Bildungsplaner Riese bemerkt dazu: „Das Grundrecht auf Bildung erhält den sekundären Stellenwert... weil die Wirtschaft nicht zur Absorption von Arbeitskräften gezwungen werden kann.“

B) Das nachfrageorientierte Modell

Im vorbereitenden Dokument für ein Landesentwicklungsprogramm „Südtirol 1981“, präsentiert vom Amt für Wirtschaftsprüfung im Oktober 1975, ist als ein Ziel der „Schulplanung“ folgendes angegeben: Anpassung des Bildungsangebotes an die Nachfrage von Wirtschaft und Gesellschaft, wobei durch eine wirksame Berufsberatung vermieden werden soll, Fachrichtungen zu forcieren, die auf dem Arbeitsmarkt keine Aufwände finden (S. 162).

In diesem Satz ist das Prinzip des nachfrageorientierten Modells niedergelegt. Dieses Modell geht aus von einer Prognose des zu erwartenden Wirtschaftswachstums. Zugleich wird die Frage gestellt, wieviel Arbeitskräfte mit einer bestimmten Qualifikationsstruktur nötig sind, um die produktivitätssteigernden zu erzielen, die durch die prognostizierten Wachstumsraten vorgegeben sind. Von daher werden dann Schlüsse für die Entwicklung des Bildungswesens gezogen.

Die einzelnen Schritte, nach denen bei diesem Modell vorgegangen wird,

sollen hier nicht ausführlich dargestellt werden. Wir beschränken uns auf problematische Annahmen und ideologische Implikationen, die in diesem Modell enthalten sind.

Zunächst ist da die Annahme der Prognostizierbarkeit der Wachstumsraten der Volkswirtschaft insgesamt und der einzelnen Wirtschaftssektoren (Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungssektor) im besonderen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes.

Der Anspruch des nachfrageorientierten Ansatzes, zum stetigen und störungsfreien Wachstum der Volkswirtschaft beizutragen, scheitert an der realen Entwicklung in unserem System, wo die wirtschaftliche Entwicklung gerade nicht stetig erfolgt, sondern zyklisch, d.h. konjunkturelle Tiefpunkte und Aufschwünge wechseln sich ab. Letzteres hat Konsequenzen sowohl für die Ausgabenpolitik des Staates für Bildung — ökonom. Ausgabenpolitik ist abhängig von Konjunkturverläufen — als auch für die Nachfrage nach Arbeitskräften. Diese sinkt in der Rezession und steigt anlässlich des erneuten Aufschwungs an.

Die bedarfsorientierte Bildungsplanung sieht ihre Aufgabe auch darin, die Auszubildenden frühzeitig über die Entwicklung ihrer langfristigen Berufschancen zu informieren. In der oben zitierten Broschüre „Südtirol 1981“ steht über Berufsberatung folgendes: „... kann und soll die Beratung auch die Chancen des Arbeitsmarktes berücksichtigen. Dazu benötigt sie enge Kontakte mit der Wirtschaft und sollte sich an längerfristigen Prognosen der Wirtschafts- und Berufsstruktur orientieren“ (S. 166). Die Übereinstimmung von individuellen Interesse und solchen der Wirtschaft wird in solchen Konzepten als selbstverständlich vorausgesetzt. Das Bildungswesen hat Qualifikationen zu liefern, deren Bedarf sich an den Gesetzen der auf Privateigentum an Produktionsmitteln basierenden Wirtschaft orientiert.

Letztlich wird damit das Recht auf einen der Ausbildung angemessenen Arbeitsplatz zu einer Verpflichtung, um die Ausbildungsrichtungen zu wählen, die nachgefragt werden.

C) Das kombinierte Angebots- und Nachfragemodell

Dieses Modell will die Einseitigkeiten, die in den beiden vorher erörterten Modellen liegen, eliminieren. Wir verzichten jedoch auf eine ausführliche Darstellung, weil wir ja der Meinung sind, daß die Schwierigkeiten nicht in den Methoden liegen, sondern in der Gesellschaftsverfassung.

Über das Elend der Bildungsökonomie hinaus

Das Elend der Bildungsökonomie liegt nicht in einem theoretisch falschen Ansatz des Modells selbst, sondern in den Widersprüchen des Gegenstandsbereiches, auf den es sich bezieht.

Wir glauben, daß diese Widersprüche dem Kapitalverwertungsprozeß immanent und als solche so nicht lösbar sind. (Es ist nicht einzusehen, daß diese Widersprüche für die besondere Situation Südtirols nicht zutreffen sollten.)

Wir glauben, daß die Widersprüche nicht aufgehoben werden können in Modellkonstruktionen bürgerlicher Bildungsplanung, da das postulierte „Recht auf Bildung für alle“ mit den Kapitalinteressen selbst kollidiert (siehe dazu die anderen Artikel dieser Nummer). Es haben sich allerdings wichtige Momente in der Bildungsdiskussion ergeben, die über das Elend der bürgerlichen Bildungsökonomie hinausführen.

Der traditionelle Begriff von Kultur wird schülteren in Frage gestellt und damit gleichzeitig die Vermittlung dieser traditionellen Kultur durch Bildungseinrichtungen, die in ihrer Vermittlung eine gesellschaftliche Hierarchie und eine Rollenordnung (geistige/körperliche Arbeit) reproduzieren.

Eine weitere Negation des traditionellen Bildungsbegriffs wird von den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung gemacht. Durch die 150 Stunden der Metallarbeiter (auch andere Kategorien verfügen über einen bezahlten Bildungsurlaub) ist in der Bildungsdiskussion eine qualitativ neue Stufe erreicht worden. Nicht mehr für die Söhne der Arbeiter wird der Zugang zur Bildung gefordert, sondern sie fordern ihn für sich selbst. Diese Forderung ist verbunden mit der Abichnung der herrschenden traditionellen Kultur als einer Kultur der Herrschenden, verbunden mit der Forderung einer politischen emanzipatorischen als Reflexionsinstrument ihrer eigenen Situation, das dann in ihre politische Praxis sich niederschlagen wird. Damit wird teilweise die Trennung Schule — Produktionsprozeß aufgehoben.

An diese Feststellungen hat eine Kritik der bisherigen SH-Strategie anzuschließen. In den Forderungen nach einer Universität ging man bisher meist von einer vertikalen Vermittlerposition aus.

Die SH-Führung verstand sich zu oft als Sprachträger ihrer Basis, der Kommunikationspartner war die politische Hierarchie (kennt man die Situation, so erscheint einem selbst die Bezeichnung „Kommunikationspartner“ zu positiv), die Folge davon ist die in diesem Artikel festgehaltene politische Ohnmacht der SH. Sie scheint nicht verwunderlich, denn als Studentenbewegung allein ist man nicht konfliktfähig genug. Von einer Hierarchiebezogenheit wäre also ehemals abzukommen und die Solidarität wäre dort zu suchen, wo reelles Interesse an einer Universität besteht: an der Basis, die nicht nur Studenten, sondern auch Arbeiter und Lehrer umfassen muß. Es scheint weiterhin klar, daß das ein Abgehen von traditionellen Vorstellungen bedeuten muß.

Walter Guffler
Ulmar Locher

Università e territorio

Le indicazioni emerse dal dibattito tra le forze politiche interessate al problema dell'università in Sudtirolo si possono riassumere in questa proposta:

"Data la particolare realtà territoriale in cui dovrà inserirsi, questa università dovrebbe possedere i requisiti di un altissimo grado di specializzazione, di un perfetto bilinguismo e dovrebbe inoltre raccogliere i "valori universali" delle diverse culture che esistono in Sudtirolo sino a proporsi come strumento di mediazione tra i diversi estremismi eliminando tutti i motivi di contrasto esistenti tra i vari gruppi etnici."

I limiti e le contraddizioni di questa proposta sono evidenti. Essa, infatti, da per scontata la validità della scuola tradizionale ed ignora (ovviamente) tutta una serie di indicazioni emerse dalle trasformazioni in atto all'interno della attuale società, soprattutto per quanto riguarda il rapporto tra mondo della scuola e mondo della produzione. La scuola ha sempre assolto ad un compito non preciso affidatogli dalle istituzioni e cioè quello di organizzare un sistema educativo al servizio delle istituzioni stesse e che serva prima alle loro affermazioni e poi alla loro difesa. Oggi però la scuola è in crisi, e non solo perché da parte di tutto le componenti sociali vengono messi in discussione i limiti della sua didattica, ma anche perché non è più assolutamente in grado di rispondere nemmeno alle necessità che dovrebbe soddisfare, e cioè preparare dei tecnici specializzati all'interno dello schema di divisione del lavoro che è il presupposto fondamentale del capitalismo. E non ne è più in grado per diversi motivi:

1) Perché non riesce più a stare al passo con un certo tipo di sviluppo delle forze produttive, con un certo tipo di sviluppo scientifico.

2) Perché da un punto di vista organizzativo non è in grado di mantenere una certa capacità di adattamento rispondenti alle esigenze.

Il creare pertanto a Bolzano una università di tipo tradizionale significherebbe innescare inevitabilmente un processo di contestazione che è proprio quello che si vuole evitare e che attualmente è in pieno sviluppo nelle sedi universitarie di altre città italiane e straniere. Per evitare questo è necessario non partire da proposte astratte e demagogiche ma mettere a punto un modello di università alternativa che sia rispondente alle esigenze di coloro che intendono usare questa struttura.

Oggi la richiesta di una educazione universitaria è enorme e questo fenomeno ha una precisa spiegazione: quasi tutti sono convinti (erroneamente) che la cultura universitaria sia la molla che permette l'accesso alla stanza dei bottoni, ai processi decisionali.

La richiesta di una cultura universitaria è pertanto, prima di tutto, un desiderio di partecipazione collettiva alla gestione del potere, un desiderio insopportabile di uscire dal ruolo di emarginati riservato dalle istituzioni a certe classi.

Abbiamo a questo punto precisato il compito primo che una organizzazione universitaria di tipo nuovo deve assolvere: quello di dare la possibilità a tutti di appropriarsi di una notevole capacità di critica in modo da permettere a tutti di assumere un ruolo politicamente attivo nel contesto sociale.

Come hanno invece risposto le istituzioni alle domande di una maggiore funzione universitaria?

Hanno risposto manipolando in modo regressivo un principio progressivo; tenendo cioè di conservare la situazione com'è, fingendo di cambiarla.

L'università ha conservato la sua collocazione territoriale (CAMPIUS) cercando di sostituire con nuovi contenuti quelli vecchi, senza voler comprendere che il passaggio dall'università di élite all'università di massa implica un salto qualitativo fondamentale.

Non si ottiene l'università di massa dilatando le dimensioni dell'università di élite, ma cambiando radicalmente il suo modo di essere nei confronti della società e del territorio. Se, al limite, per una vera democratizzazione della società fosse sanata la possibilità per tutti di utilizzare le strutture universitarie, è evidente che sarebbe impossibile progettare e realizzare edifici scolastici di tipo tradizionale in grado di assolvere un simile compito.

Questo dimostra chiaramente due cose:

1) Che con l'attuale organizzazione universitaria il diritto allo studio a tutti è una affermazione falsa e mistificante.

2) Che una università alternativa deve avere una diversa articolazione fisica nel territorio.

Inoltre se è vero che l'acquisizione di una cultura universitaria ha come obiettivo la possibilità di una maggiore partecipazione ai processi decisionali, l'utilizzazione delle strutture universitarie non deve essere limitata nel tempo (20-25 anni) ma deve invece estendersi a tutto l'arco della vita sociale di ogni individuo.

Il principio che il tempo di istruzione debba essere confinato nella prima età degli individui è organico col principio che l'istruzione debba essere destinata soltanto ad una élite. Il concetto di università di massa non può attuarsi se non eliminando questi due principi, per generalizzare l'istruzione non solo in tutto lo spazio sociale ma anche in tutto il tempo sociale. Il vivaio destinato a produrre i capi ed i sorveglianti degli apparati di potere che governano la società verrebbe così abolito per sostituire al suo posto un

servizio a disposizione di tutti, dove si possono reperire strumenti per l'elaborazione ed il controllo delle ipotesi che orientano lo sviluppo sociale.

Con la liberalizzazione dell'accesso alle università si è completamente modificata la composizione del corpo studentesco.

Lo studente "puro", infatti, il figlio di papà che durante il periodo della scuola sta rinchiuso nel Campus universitario e in 25 anni, assistito da tutor e da docenti adatti allo scopo, fa propri i valori della "cultura", è quasi completamente scomparso.

Oggi il 60% (per esempio alla facoltà di architettura di Venezia), degli studenti universitari è rappresentato da lavoratori-studenti che devono portare avanti contemporaneamente all'attività di studio altre attività che sono attività di lavoro e pertanto una università concentrata sul territorio non è più concepibile in quanto la maggioranza degli studenti non potrebbe frequentarla.

Una università nuova e rispondente alle esigenze degli studenti deve pertanto:

1) dare una didattica conseguente alle problematiche della realtà sociale nella quale essa si inserisce.

2) Darsi una articolazione fisica sul territorio in grado di garantire a tutti la possibilità di accedere ad essa.

Non crediamo che questo sia possibile solamente con la disintegrazione dell'edificio scolastico come luogo specifico destinato esclusivamente ad una specifica funzione.

Si tratta di identificare un suo nucleo essenziale, che deve essere conservato, integro e moltiplicato, ed una sua corona (i laboratori di ricerca) che si può frantumare e distribuire sul territorio.

L'attività educativa consiste nella ricerca di cognizioni e di comportamenti che consentano ad ogni individuo di trovare nella società un ruolo appropriato. La ricerca di cognizioni implica l'esistenza di un apparato tecnico (il nucleo) che può essere specializzato; la ricerca di comportamenti implica la formazione di luoghi (i laboratori di ricerca) dove possa avvenire un confronto continuo e generalizzato. Per arrivare a questo confronto occorre che le strutture dei laboratori di ricerca siano diffuse nella città e nel territorio mescolato, sovrapposte ed integrate ad altre strutture fisiche destinate ad altre attività e quindi generatrici di altre esperienze.

Per specializzare l'apparato tecnico occorre invece che le strutture fisiche di nucleo siano concentrate e unificate, conservando però la possibilità di aggregarsi alle strutture di corona e, attraverso queste alla città e al territorio, di volta in volta quando è necessario.

In questa prospettiva si può immagi-

ginare l'università (o più propriamente la scuola in generale) come una rete, distesa sul contesto ambientale di luoghi in cui si svolgono molteplici attività, compresa l'educazione, e di luoghi in cui si concentrano gli strumenti più specifici dell'attività educativa necessaria al perfezionamento, l'elaborazione e la trasmissione delle esperienze. Cadrebbe così il principio dell'edificio scolastico come unità di luogo e l'educazione diventerebbe di fatto una tessitura onnipotente, capace di penetrare ovunque e di essere continuamente penetrata dagli avvenimenti della società.

Per giudicarne la validità, questa proposta deve essere esaminata alla luce di quelle che attualmente sono le forze che operano in questo senso. Esse sono:

— un movimento interno alla scuola che ne intende trasformare organizzazioni e contenuti;

— un movimento sindacale che conquista nuovi spazi alla sua azione politica;

— una progressiva trasformazione della scienza che tende a superare i limiti posti dalla separazione e dalla frammentazione delle discipline.

Vediamo ora di analizzare singolarmente queste tre tendenze.

1. Movimento interno alla scuola

Abbiamo già parlato precedentemente dei contenuti e delle motivazioni della contestazione studentesca che ha messo in crisi l'organizzazione della cultura tradizionale.

Questa contestazione ha provocato una serie di trasformazioni dovute alla contestazione della divisione del lavoro, che la scuola tendeva a riprodurre, ed al carattere specialistico dei suoi contenuti. Di conseguenza la scuola tende a diventare uno spazio di elaborazione della realtà sociale che interessa tutte le persone che, con modi diversi, vi partecipano.

Se la scuola deve svolgersi anche a coloro che non si trovano nella condizione di "studenti puri", incontra problemi inerenti sia alla propria organizzazione rispetto alla città ed al territorio circostante che ai modi ed ai contenuti della didattica. Per quanto riguarda l'organizzazione geografica abbiamo già visto della necessità di una rete di laboratori di ricerca dislocati

nel territorio in modo da offrire l'opportunità di partecipare all'attività di ricerca anche a coloro che per ragioni di lavoro non possono spostarsi ed andare a vivere in un'altra città. Questi laboratori, che soddisfano le esigenze dei lavoratori studenti sono in grado di rispondere anche a quelle dei corsi per lavoratori nel quadro delle 150 ore.

Per quanto riguarda i modi ed i contenuti della didattica è necessario riferirsi al principio pedagogico che si basa sul riconoscimento della maggior capacità di apprendere che hanno le persone quando sono motivate da un interesse specifico che riguarda direttamente la loro sopravvivenza.

L'acquisizione di strumenti diretti a migliorare la propria condizione avviene molto più efficacemente nella acquisizione di una cultura astratta e separata dall'esperienza direttamente verificata sulla realtà.

2. Il movimento sindacale

Il movimento sindacale è passato da rivendicazioni di tipo esclusivamente salariale a rivendicazioni che riguardano anche il modo di abitare, di viaggiare, di usare il tempo libero, di essere curati negli ospedali, di andare a scuola ecc. Si può dire che nel complesso il movimento sindacale ha rivendicato al potere così una forza notevole anche nei settori che non interessano direttamente l'organizzazione e la distribuzione del lavoro, l'ambiente di fabbrica ecc.

Quando i sindacati hanno ampliato il loro campo di interessi dalla fabbrica alla città si sono trovati ad usare gli strumenti che gli istituti di ricerca avevano sviluppato per trattare questi problemi nei modi caratteristici dell'attività politica dei partiti che è regolata dagli equilibri elettorali. Ma i sindacati raggiungono i loro obiettivi mediante una contrattazione più diretta, risolta nei meccanismi della produzione. L'attività politica che i sindacati svolgono richiede sistemi di conoscenze diversi da quelli elaborati nelle istituzioni di ricerca tradizionali.

Di questo essi si sono resi conto perfettamente e la conquista delle 150 ore rappresenta, o meglio può rappresentare, una tappa importantissima in quanto potrebbe offrire ad essi una autonoma capacità di elaborare programmi senza dipendere da istituzioni che sono in parte al di fuori delle loro esigenze, al di fuori della loro stessa struttura.

3. Trasformazione della scienza

Oggi sempre meno si crede che per ottenere determinate competenze, per poter partecipare ad un certo tipo di elaborazione scientifica conoscitiva, sia necessaria una lunghissima carriera scolastica precedente, anche perché la maggior parte delle persone si trova a dover affrontare nuovi problemi senza alcun bagaglio di esperienze di riferimento e si trova quindi in molti casi nella stessa condizione in cui si troverebbe un lavoratore che frequen-

ta le 150 ore, proprio perché ci si trova di fronte a realtà del tutto imprevedibili. In questo modo sono cadute tutte quelle suddivisioni tra le diverse discipline che invece sottintendono una realtà a tempi lunghi, una realtà razionalizzata, prevedibile quasi totalmente, e si è invece venuto formulando un sistema di conoscenze molto più articolate, molto più direttamente regolato dalle conseguenze, dalle proprie scelte e dalle proprie azioni e quindi anche molto diverse dal punto di vista delle competenze stesse e della elaborazione di queste conoscenze. In questo modo si è riconosciuto all'interno delle diverse discipline una stessa circolarità progettuale, e pertanto si è riconosciuto che questa circolarità è caratteristica degli atti più semplici del quotidiano ed anche dei programmi che stanno all'interno dell'attività di qualsiasi persona.

Se quindi la scienza scopre che i meccanismi delle scelte a livello del quotidiano hanno la stessa struttura dei complicati processi di progettazione che si svolgono quando si deve costruire un edificio o progettare altre cose, anche se naturalmente con gradi diversi di complessità, allora è possibile proporre dei programmi, che interessandosi di questi processi della progettazione, possono rivolgersi sia a studenti di livello universitario sia a lavoratori che frequentano i corsi delle 150 ore.

La pratica per gli uni e per gli altri sarebbe finalizzata in questa struttura educativa con un tipo di didattica unitaria.

Con quest'ultima affermazione abbiamo concluso il discorso sul rapporto tra mondo dello studio e mondo del lavoro precisando che una nuova organizzazione della cultura deve consentire alla popolazione di passare alternativamente dall'università alla produzione e viceversa.

Siamo partiti con questa nozione dalla proposta emessa nel corso dei dibattiti svoltisi a Bolzano sul problema dell'università in Sudtirolo ed a questo punto possiamo ritenere di aver chiarito il perché una università tradizionale sarebbe inutile se non addirittura controproducente. Questo tipo di università infatti non servirebbe a nessuno né agli studenti che ne sono fruitori, né al mondo della produzione che si è finalmente reso conto della necessità di strumenti diversi rispetto alla propria organizzazione ed in grado di affrontare nella loro complessità i problemi che emergono dalle attuali contraddizioni sociali.

Questa proposta ed il lavoro che i lavoratori studenti di architettura di Bolzano stanno da tre anni portando avanti in questo senso, intende in questa occasione confrontarsi con le altre organizzazioni che operano nel settore dell'istruzione universitaria onde verificare, attraverso uno scambio delle rispettive esperienze, le corrispondenze del contenuto alle reali esigenze della realtà sudtirolese.

Gruppo di Architettura
Bolzano-Venezia

Ferienjobs

Zwanzig Studentinnen oder Studenten werden als Bus-Hostessen bzw. Stewards während des Internationalen Weltkongresses in Bozen von Sonntag, den 29. September bis Samstag, den 5. Oktober bei einem hohen Tagessatz eingestellt.

Voraussetzungen sind Sprachkenntnisse (möglichst Englisch und Französisch) und Kenntnisse der Geographie, der Kultur und Kunstgeschichte unserer Heimat und des Trentino. Gewünschtes Alter: 20 bis 30 Jahre.

Anmeldungen bis spätestens 10. Juni im SVP-Landesjugendsekretariat, Bozen, Vintlerdurchgang 16.

Bemerkungen zum Verhältnis: Ausbildung und Gesellschaftssystem

Das Problem der Teilung von geistiger und körperlicher Arbeit scheint nicht in unmittelbarem Zusammenhang zu stehen mit der Diskussion über die Universität in Südtirol. Bisher wurde immer empirisch argumentiert, wieviel eine Universität kosten, wer sie brauchen würde, womit man beginnen sollte, wie das Problem der Sprachen gelöst werden könnte. Ideologisch und falsch wurde die Frage zum nationalen Problem hochgespielt. Nur schrei und versieckelt klang die Befürchtung durch, man könnte sich mit einer Universität eine studentische Protestbewegung ins Land bringen, die mit einer sich verstärkenden Arbeiterbewegung und einer mit höherem politischem Bewußtsein wiederentstehenden Schülerbewegung ein Gesellschaftsgefüge in Frage stellen könnte, das bisher gerade auch auf dem Mechanismus beruhte, seine Intelligenz entfernt vom sozialen Zusammenhang auszubilden, in dem sie dann wirken sollte und sie nur als privilegierte Schicht in den gesellschaftlichen Prozeß einzugliedern. Auf dieser Ebene aber wird das Problem richtig als politisches gestellt und in diesem Beitrag zur Diskussion will ich versuchen, einige Fragen, deren Klärung mir als politische Voraussetzung für eine fruchtbare Diskussion über die Universität in Südtirol wesentlich erscheint, aufzuwerfen.

Geschichtlich — und auch für Südtirol ist die Geschichte bestimmt durch die Auseinandersetzung zwischen Klassen, zwischen Eigentümern von Grund und Boden und denen, die ihn tatsächlich bebauen; zwischen Unternehmern, die über Produktionsmittel verfügen und sich das Produkt der Arbeit anderer aneignen und Lohnabhängigen, die nichts besitzen als ihre Fähigkeit zu arbeiten; zwischen denen, die körperlich arbeiten und denen, die geistig tätig sind; zwischen Land und Stadt schließlich, so vermittelt und verschleiert sich diese Auseinandersetzung konkret abspielen mag — geschichtlich also ist es überhaupt erst möglich geworden, die geistige Arbeit von der materiellen, körperlichen zu trennen. Denn solange die Bewältigung der Natur durch die Menschen organisch abließ, lag in der konkreten Arbeit die einzige Quelle der Erkenntnis. Solange die Produktion einer Gesellschaft gerade zur Reproduktion der arbeitenden Menschen ausreichte, war es noch nicht möglich, eine Klasse von Menschen zu erhalten, die nicht in der Produktionsprozeß einbezogen waren. Erst an dem Punkt, in dem die Produktivkräfte so weit entwickelt sind, daß überschüssiger Reichtum produziert wird, ist die materielle Grundlage für die Entfaltung einer rein geistigen Sphäre überhaupt gegeben. Geschichtlich hat sich

dann auch die Überordnung reiner Erkenntnis über den konkreten Produktionsprozeß entwickelt, der heute noch in der sozialen Hierarchie verankert ist. Es hätte wohl kaum einen Sinn, Wert auf den geschichtlichen Charakter der Trennung der geistigen von der körperlichen Arbeit zu legen und die hierarchische Unterordnung dieser unter jene, wenn nicht die bürgerliche Ideologie ihren absoluten und zeitlos gültigen Charakter vertreten würde und dadurch zu verhindern sucht, daß die Tatsache in das Massenbewußtsein einträte, daß die Entwicklung der kapitalistischen Teilung der Arbeit heute die Möglichkeit geschaffen hat, diese Trennung in der sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft aufzuheben.

Die unvorstellbare Expansion der Produktivkräfte, die die Basis des heutigen gesellschaftlichen Reichtums darstellt, beruht gerade auf einer extremen Entfaltung der Teilung der Arbeit auf gesellschaftlicher Ebene zwischen einzelnen Produktionszweigen und technisch innerhalb eines Produktionsprozesses in einzelne Arbeitsabschnitte und der Einbeziehung der Wissenschaft in den Produktionsprozeß durch ihre technologische Umsetzung in ein System von Maschinen. Bedenkt man die äußerste Zersplitterung der einzelnen Arbeiten in wenige monotone Handgriffe am Fließband und die eben so extreme Spezialisierung der technischen Intelligenz, so kann man sagen, daß die Produktion einer bestimmten Ware nicht mehr das Werk eines einzelnen Arbeiters ist, sondern das Produkt eines Gesamtarbeiters, der in sich geistige und körperliche Arbeiter vereint, beide gleichermaßen dem Verwertungsprozeß des Kapitals untergeordnet, beide lohnabhängig und damit beide nur für einen Teil des Wertes vergütet, den sie schaffen: Ausgebeutete im marxistischen Sinne.

Das heißt noch lange nicht, daß es nicht noch Entgegensetzungen zwischen geistiger und körperlicher Arbeit geben kann, das heißt aber zumindest,

daß die geistige Arbeit der technischen Intelligenz als solche nicht mehr nur als idealistische Überordnung über die körperliche Arbeit betrachtet werden kann. Damit aber gerät, wenigstens in diesem bedeutenden Sektor der geistigen Arbeit, die bürgerliche abstrakte Aneignung von Kultur und Wissen in Krise: das Humboldtsche Universitätsideal, das in der abstrakten Arbeit die einzig produktive saß. Vielmehr wird die abstrakte Arbeit immer mehr in ihre technische Verwertbarkeit gezwungen, den Anforderungen der kapitalistischen Produktion angepaßt. Damit aber wird es auch möglich, daß wissenschaftliche Produzenten im Produkt ihrer Arbeit die feindliche Macht des Kapitals erkennen und sich selbst als Ausgebeutete verstehen.

Tritt nun in einem Sektor der Universität als Institution der wissenschaftlichen Arbeit dieser Zerstörungsprozeß der Illusion des wissenschaftlichen Arbeiters ein, er könne frei als Eigentümer über seine theoretischen Arbeitsprodukte verfügen, setzt also die Unterordnung der technologisierten Wissenschaften unter den kapitalistischen Verwertungsprozeß ein, so geht der gesamte bürgerliche Kulturbegriff in Brüche. Und es wird leicht sein, daß auch diejenigen Wissenschaften, die schwerlich in den unmittelbaren Produktionsprozeß einbezogen sind, ihren politischen Standort im Dienst des Kampfes gegen das Kapital erkennen. Das hat die Studentenbewegung in den sechziger Jahren geteilt und das fürchten die Reversierenden, wenn sie reaktionär meinen, die einzige Aufgabe der Studenten sei eben zu studieren.

So steckt denn auch die Schule überall in einer strukturellen Krise. Funktionell sollte sie die Ausbildung und Qualifizierung von genau so vielen Arbeitskräften und von genau der Art leisten, wie sie für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß benötigt werden. Ideologisch hätte sie die herrschenden Ideen als die Ideen der Herrschenden zu vermitteln, um so den



Konsensus für die gegebene Gesellschaftsordnung zu garantieren. Damit verbunden ist ihre Aufgabe, die gesellschaftliche Hierarchie zu reproduzieren, die Teilung der Arbeit, die Überordnung der leitenden unternehmerischen, geistigen Tätigkeiten über die ausführende, körperliche Arbeit. Und schließlich die Funktion, junge potentielle Arbeitskräfte für einige Zeit zurückzuhalten, um einen ohnehin schon überlasteten Arbeitsmarkt nicht bis an die Grenze sozialer Unruhe zu bedrängen. Die erste Funktion ist deshalb in Auflösung begriffen, weil der Reproduktionsprozeß immer weniger spezialisierte, immer mehr hingegen Arbeitskräfte erfordert, die über eine allgemeine Bildung verfügen, jedoch hauptsächlich anpassungsfähig sind für verschiedene Arbeitsprozesse, eine Mobilität, die funktional ist der ständigen Notwendigkeit, produktiven Umstrukturierungen nach den Bedürfnissen der internationalen Arbeitsteilung zu folgen. Arbeitskräfte also, die nicht an eine bestimmte Spezialisierung fixiert sind, sondern zu je verschiedenen Arbeiten herangezogen werden können. Dem entspricht die Volks- und Mittelschulbildung, wenn man vom Bedarf hochspezialisierter technischer Wissenschaftler in kleinem Umfang absieht. So erzieht die Schule weniger zu einer bestimmten Arbeit als vielmehr zur Akzeptierung der Arbeitsteilung als solcher: sie vermittelt die Ideologie der kapitalistischen Teilung der Arbeit als Naturgegebenheit, als ewig notwendiger, die Ideologie der Ungleichheit als unaufhebbare, als Chance, selbst die soziale Hierarchie zu erklettern. In der Vermittlung dieser Illusion erzeugt die Schule ihren einzigen Sinn selbst.

So reproduzieren die Schule, die in jeder Hinsicht unfunktional geworden ist, sich selbst. Je länger, so die falsche Hoffnung, die von der Schule genährt wird, einer die Schulbank drückt, desto höher steigt er in der Hierarchie. Wissen wird nicht mehr seinem Gebrauchswert zuliebe vermittelt, sondern nur mehr um seines Tauschwertes willen. So blüht sich mit der Schulzeit die Schule selbst immer mehr auf, immer mehr Lehrer werden gebraucht, die Institution selbst verfällt immer mehr. Die Universitäten, in denen immer weniger studiert wird, in denen wissenschaftliche Arbeit unmöglich geworden ist, degenerieren zu einer Maschinerie der Selektion durch Prüfungen auf der einen Seite, zu einem Karussell sozialer Illusionen auf der anderen.

Die Unmöglichkeit, aus diesem Kreis auszubrechen, hat einerseits die Bourgeoisie selbst erfahren, in den vielen fehlgeschlagenen autoritären Restaurationsversuchen, die der geistigen Arbeit wenigstens ihre elitäre Dignität durch Selektion zurückgeben sollten. Der Mechanismus dieser Schule ist, zumal in Italien, zum Instrument für die Regelung der Zufuhr von Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt in der Hand des Kapitals geworden. Ebenso aussichtslos erscheinen in Italien die Reformversuche durch die linken Parteien. Das Recht auf Unterricht für alle zu fordern, wird unter den beschriebenen Umständen zum Paradox. Das Recht auf Arbeit für die „Spezialisten“, die aus diesen Universitäten kommen, wird dann illusorisch, wenn der ganze Betrieb gerade auf der Vortäuschung von Berufschancen beruht, die es nicht gibt.

Die einzige Möglichkeit, diesen Kreis zu sprengen, liegt im Angriff der materiellen Produzenten selbst auf die Schule als von körperlicher Arbeit losgelöstes Institut. Die 150 Stunden, das von den italienischen Metallarbeitern erkämpfte Recht auf jährlich 50 bezahlte Arbeitsstunden für allgemeine theoretische Arbeit in Mittelschulen und Universitäten, stellen einen ersten Schritt zur gemeinsamen Untersuchungsarbeit für Arbeiter und Studenten dar. Hier kann es nicht darum gehen, abstrakte bürgerliche Kultur zu erlernen, sondern es geht um die kollektive Erarbeitung kritischer Kategorien, die zur Analyse, Zerlegung, Demystifizierung des Arbeitsverhältnisses in der Fabrik dienen. Ein gemeinsamer Lernprozeß, der zur politischen Aufarbeitung der subaltern und fragmentarisch erlebten Erfahrung dienen soll, einer Politisierung im weiten Sinne. Hier kann eine neue Kultur geschaffen werden, auf der Basis der Klassenkämpfe, die materielle Produzenten und Intellektuelle einbeziehen, als Klassenbewußtsein, das immer mehr die Totalität der Gesellschaft erfassen muß, um sie umzuwälzen. Für die Studentenbewegung die Möglichkeit, in der Negation des traditionellen Kulturbetriebs einen positiven Ansatzpunkt zu finden, der die Einheit von Arbeiter- und Studentenbewegung in gemeinsamer Reflexion und Analyse konstituieren kann, um sie zur konkreten Einheit in der Klassenseinmündung werden zu lassen.

Ich habe hier versucht, drei Momente aufzuzeigen, die auf der Basis des Problems der Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit die jüngste Entwicklung kennzeichnen. Mir schien es wichtig zu sein, diese Aspekte in die Diskussion einzubringen, auch wenn keiner von ihnen in Südtirol richtig zum Tragen kommt. Trotzdem wird von diesen historischen Tendenzen nicht abzusehen sein, wenn wir nicht die Hoffnung auf eine produktive Funktion einer Universität in Südtirol rein empirisch setzen wollen und damit riskieren, nach sehr vielem Engagement endlich die stolzen Kämpfer der reaktionärsten Universität Italiens zu werden. Die Alternative dazu ist, die Forderung nach einer Universität als von der Masse empfundenes Bedürfnis voranzutragen; eine Universität zu verlangen, die in ihre Struktur diesen Massencharakter aufnimmt, methodisch und inhaltlich, die Trennung vom sozialen und ökonomischen Zusammenhang ausschließt, die Isolierung geistiger Arbeit von der körperlichen ablehnt. Dann wird die Universitätsfrage auch nicht länger Kulturministerium und ihren Parteihändeln überlassen bleiben dürfen, sondern in die Hände sozialer Träger übergehen, zum Anliegen einer politisierten Schüler- und der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen werden müssen. Bis dahin ist noch einige politische Arbeit zu leisten.

Horian Fiedler

DURST AG

FABRIK FOTOTECHNISCHER APPARATE
BOZEN

SUCHT

für sofortigen Eintritt einen

**JUNGEN
JURISTEN**

zur Ausbildung als Haus-Justiziar und SACHBEARBEITER von Personalfragen.

Das Hauptgewicht wird auf den Gebieten Vertragswesen, Sozial- und Arbeitsrecht liegen.

Verlangt wird außer perfekter Doppelsprachigkeit (zusätzliche Englischkenntnisse wären nützlich), Freude an selbständiger Arbeit auf einem vielseitigen Gebiet.

Geboten wird gutes Gehalt, zusätzliche Sozialleistungen, angenehmes Betriebsklima.

Arbeitsplatz: Bozen oder Brixen. Bewerbungen oder Vorstellungen erbeten an

DURST AG - Verwaltung, Bozen
Gerbergasse 58, Tel. 2 56 27.

Vorbereitung auf die Studententagung

Bisher wurden vier Gespräche mit verschiedenen deutschsprachigen Verbänden geführt, und zwar am 15. Februar, 26. März, 18. April und 22. April 1974. — Eingeladen wurden folgende 23 Verbände:

AGW (Arbeitsgemeinschaft für Weiterbildung);
ASGB (Autonomer Südtiroler Gewerkschaftsbund);
ASM (Arbeitskreis Südtiroler Mittelschullehrer);
Assessorat für Schule und Kultur;
CGIL/AGB;
CISL/SGB;
EPP (Europäische Föderalistische Partei);
Forum für Bildung und Wissenschaft;
HGB (Hochschulgruppe Bozen);
ISMOS (Interessengem. Südt. Mittelschullehrer in. od. Studienst.);
ISZ (Interessengemeinschaft der Supplenten auf Zeit);
PDU (Partei der Unabhängigen);
PI (Pädagogisches Institut);
Referat für Weiterbildung;
SBB (Südtiroler Bauernbund);
SBZ (Südtiroler Bildungszentrum);
SFP (Soziale Fortschrittspartei Südtirols);
SKI (Südtiroler Kulturinstitut);
SMG (Südtiroler Mittelschulgewerkschaft);
SPS (Sozialdemokratische Partei Südtirols);
SVP (Südtiroler Volkspartei);
SWI (Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstitut);
Verband der Industriellen der Provinz Bozen.

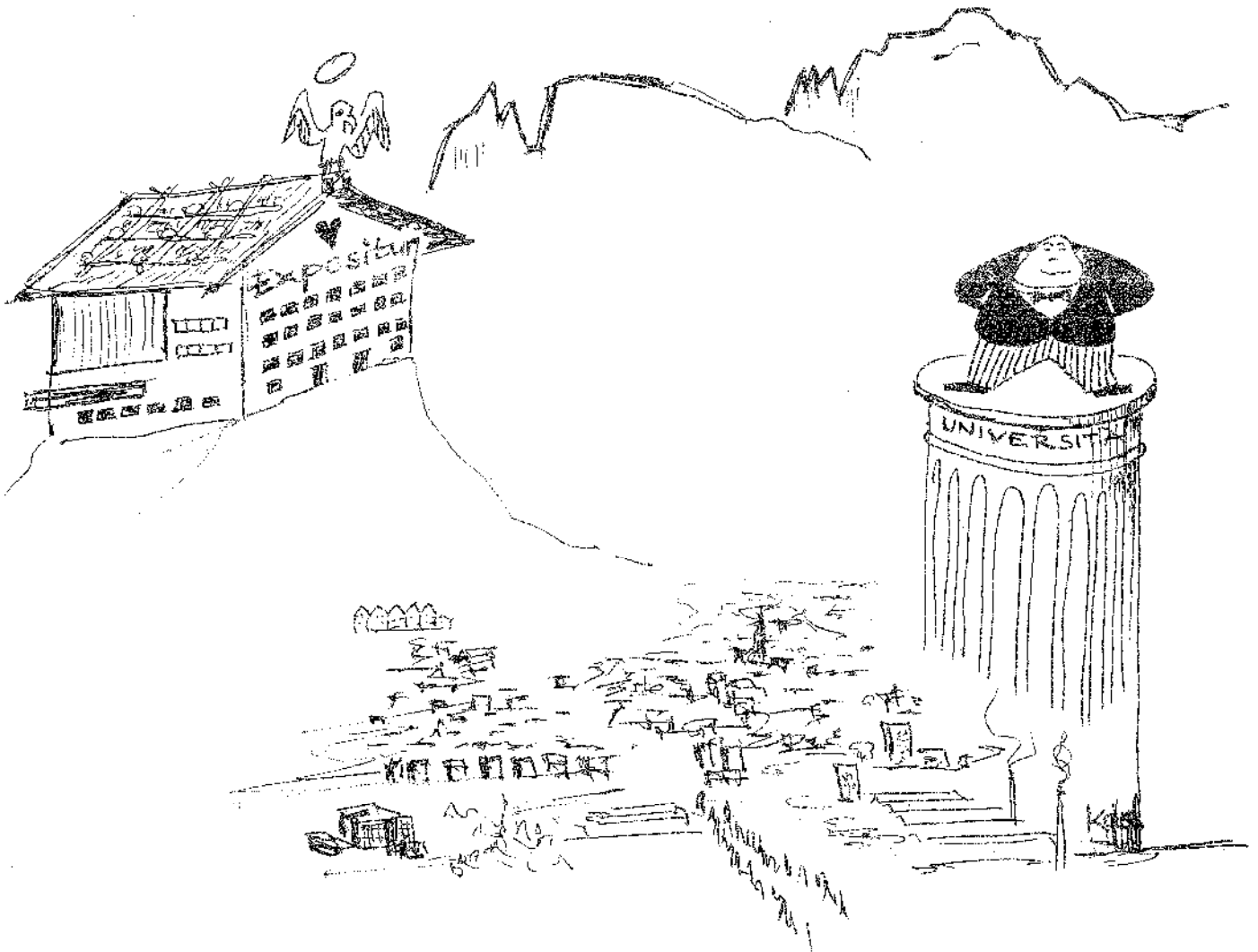
Erschienen waren:

ASGB: einmal
ASM: einmal
Assessorat für Schule und Kultur: viermal (vertreten durch Dr. Josef Morio)
Forum für Bildung und Wissenschaft: zweimal
HGB: dreimal
ISMOS: dreimal
PDU: zweimal
Referat für Weiterbildung: zweimal
SBZ: viermal
SFP: dreimal
SMG: einmal
SPS: zweimal
SVP: dreimal

Von der SH waren vertreten: Sepp Kubitscher, Walter Cuffler, Elmar Locher, Walter Tappeiner, Rita Mair: einmal; Tragust und Pardeller.

Bei der ersten Sitzung legte der SH-Kulturreferent **Gofier** den Standpunkt der SH dar, ausgehend von der Notwendigkeit, in Südtirol eine Universität zu errichten:

1. Bedarf an qualifizierten Fachkräften auf bestimmten Sektoren (Schule und Verwaltung)
2. Prinzipiell ist eine Universität nicht lediglich als Produktionsstätte von Akademikern zu betrachten, sondern als ein kulturelles Zentrum für eine ganze Bevölkerung.
3. Zum Zwecke der Durchführung wissenschaftlicher Unter-



suchungen in bestimmten Bereichen erscheint eine Universität notwendig.

4. Eine effektive Erwachsenenbildung sollte im Rahmen einer Universität betrieben werden.

Absteckbare Bereiche für die Vorbereitungsarbeiten wären etwa folgende:

1. Erstellung einer historischen Dokumentation über die bisherige Universitätsdiskussion (Arbeitspapiere, Stellungnahmen usw.)

2. Überlegungen über die Aufgaben, die eine Universität zu erfüllen hätte.

3. Statistisches Material über die Entwicklung des Bedarfes an Akademikern, über die Entwicklung der Schülerzahlen usw.

4. Untersuchung über einzurichtende Studiengänge, Inhalte, notwendige Infrastrukturen.

Es sollte eine **grundsätzliche Diskussion** werden, bei der die Standpunkte der einzelnen Verbände dargelegt würden. Viele Vertreter, vor allem die Parteien, erklärten in dieser ersten oder in den folgenden Sitzungen, bloß als Zuhörer gekommen zu sein, keine **offiziellen Standpunkte** dargelegen zu können, oder sie verwiesen auf der Diskussionsstand von 1971 (SVP und SFP).

Die **Vertreter des SBZ und der HGB** erklärten, sie seien prinzipiell nicht gegen eine Universität und so auch nicht gegen eine Studententagung darüber. Doch im Laufe der folgenden Sitzungen beantragten sie, nicht von einer Universität zu sprechen, sondern von einer universitären Einrichtung, and bis zur letzten Sitzung wurde klar, daß sie darunter wohl nicht mehr als eine **Expositur der Universität Innsbruck** verstehen. Tappeiner sagte deshalb auch bei der letzten Sitzung, daß das ganze Manöver des SBZ reine Verzögerungstaktik sei.

Die **Zusammenarbeit mit den Italienern** in dieser Frage war von Anfang an von der SH beabsichtigt. Auf Wunsch des SBZ vor allem traf man sich zunächst nur mit den Vertretern der deutschen Volksgruppe. Einerseits fühlte man sich in der Universitätsdiskussion den Italienern gegenüber in Rückstand, andererseits wollte man zunächst einen Konsens in der eigenen Volksgruppe erreichen. Daß ein Konsens illusorisch ist, war bald klar, und dies erklärte auch der SH-Vorsitzende am Ende der vierten Sitzung: „Ein gemeinsamer Nenner aller ist besonders aus gesellschafts- und kulturpolitischen Differenzen nicht möglich. Es wurde auch die verschiedenen Standpunkte verwässern.“ — Die Zusammenarbeit mit den Italienern war ein Balken im Auge des SBZ und der HGB. Da dies unmißverständlich von der SH in den „Dolomiten“ veröffentlicht wurde, behaupteten sie, daß sie nur eine anfängliche Zusammenarbeit für unzumutbar sehen, doch wurde am 18. April bei der dritten Sitzung, wo die Einbeziehung der Italiener zur Diskussion stand, wieder ganz klar: *cave canem!* Das SBZ ging nämlich auf diese Frage nicht mehr ein und verlangte eine ergiebige grundsätzliche Diskussion über das **Pro und Contra einer universitären Einrichtung**. Dies geschah auch auf der vierten Sitzung am 22. April.

Dabei legte nochmals Kufstatscher für die SH die Punkte vor, die vor allem für eine Universität sprechen: einmal aus pragmatischen Gründen (man denke an das Chaos der paramuniversitären Einrichtungen oder an den oft eingestandenen Akademikermangel vor allem in Schule und Verwaltung); weiters aus politischen Gründen (man spricht so oft von der Selbstbehauptung Südtirols und sieht die Überfremdung vom Süden und Norden in der Ausbildung nicht); die Hauptargumente seien jedoch wissenschaftstheoretischer (Lehre und Forschung im gesellschaftspolitischen Kontext, nicht losgetrennt von Raum und Zeit) und bildungspolitischer Natur (Recht auf Bildung für alle, zu dem man sich im Prinzip schon seit der Französischen Revolution bekennt).

Hansjörg Dell'Antonio (für die SFP) erwähnte neben den pragmatischen Gründen für eine Universität noch als entscheidenden Faktor, daß eine eigene Universität ein notwendiges gesellschaftskritisches und emanzipatorisches Element im Lande sei. Ein Studium im Ausland bewirke oft eine Entfremdung des Studenten den lokalen Problemen gegenüber. Auch sehe er gerade in einer kleinen Uni die Chance besser mittelmäßige Assistenten, die für den Studenten Zeit haben und sich einsetzen, als internationale Größen auf einer Massenuniversität, die nicht

einmal ihre Dissertationen kennen. Das Ziel wäre eine **doppelsprachige Uni** (alternierende Doppelsprachigkeit).

Dr. Malländer (vom ISMOS) plädierte für eine **deutschsprachige Universität** (nicht nur universitäre Einrichtung), da für die Italiener bereits Trient da sei. Auch aus volkswirtschaftlichen Überlegungen müsse man sich für eine eigene Hochschule aussprechen. Bisher habe sich das noch überall gelohnt. Die Gründe, die man gegen eine Universität in Bozen vorbringt, sind dieselben wie vor dreihundert Jahren gegen die Universität Innsbruck: zu teuer, zu klein, drittrangig. Doch keiner der Gründe sei stichhaltig. Malländer betonte auch, daß die derzeitigen Kurse gänzlich verfehlt seien. Wir müssen uns fragen: **Wollen wir eine Universität? Nicht, können wir eine errichten?**

Für die SVP gibt es keine neuen Argumente nach dem einstimmigen Beschluß von 1971 gegen eine Universität. Auch stehe das **Assessorat für Schule und Kultur** (und die ganze Landesregierung?) hinter der SVP.

Unterrichter vom SBZ verlangte, man müsse **detailliert** die Fragen diskutieren: wie finanzieren? wie viele Hörer? woher das Personal? Er unterstrich die **Gefahr der Assimilierung** und plädierte, auf die Unterstützung von seiten Österreichs nicht zu verzichten.

Locher (SH) wies auf die Widersprüche im Ausbildungssystem hin: einerseits sei die Bildung schwer planbar, andererseits sehe man immer wieder den Konflikt zwischen dem Recht auf Bildung und den Selektionsmechanismen (z. B. numerus clausus, der in Innsbruck auch bald für Südtiroler gelten wird — und was dann?).

Was zu diesem grundsätzlichen Pro und Contra bei den ersten Sitzungen noch gesagt wurde, sollen hier noch Seberich, Ladurner und Kopfguter erwähnt werden.

Dr. Seberich (SMG): Vom Standpunkt der Schule aus gesehen ergäbe sich: 1. ein großer Nachholbedarf auf seiten der deutschen Volksgruppe an qualifizierten Lehrkräften, dem bisher nur mit Behelfsmitteln beizukommen versucht wurde.

2. Die gesamte Lehrerausbildung werde nach den bestehenden Reformplänen an die Universität angeschlossen, auch die der Volksschullehrer.

3. Auch die Lehrerfortbildung gehe in diese Tendenz. Allein für die Lehreraus- und -fortbildung wären bei 1500 Leute allein von der deutschen Volksgruppe an einer universitären Ausbildungsstätte (Innsbruck oder Verona könnten uns diese Aufgabe nicht abnehmen).

Helmut Ladurner (Forum): er halte eine Zusammenarbeit mit den Italienern von Anfang an für notwendig. Diese hätten bereits mehr konkrete Anregungen. — Zur Vorgangsweise sagte er: zuerst sollte man Hypothesen erstellen, dann könne man gezielt Daten erheben und diese Hypothesen überprüfen. Erst dann könne eine Entscheidung herbeigeführt werden. — Eine Studententagung sei richtig und notwendig, um zum ersten Schritt der Hypothesenbildung zu kommen. Man solle deshalb nicht von vornherein gegen eine Studententagung sein, die nie eine Universitätsgründung direkt heraufbeschwöre, es würde nur ein Studium darüber eingeleitet. Auch habe die SVP immer noch die Mehrheit in der Landesregierung. Dies sei ein Trost für die Universitätsgegner.

Dr. Kopfguter (Referat für Weiterbildung): Vom Standpunkt der Erwachsenenbildung aus hätte eine eigene Universität sehr wohl ihre Funktion (z. B. die Hochschule Essen).

Terminologie:

Universität **nicht gleich** Volluniversität
Universitäre Einrichtung **nicht gleich** Hochschule
Hochschule **nicht gleich** Universität
Österreichische Uni **nicht gleich** italienische Uni.

Manche verlangten, man solle sich auf einen Ausdruck einigen. Inzwischen ist es wohl einsichtig, daß mehrere Ausdrücke gebraucht werden sollen, um nicht fixiert und unbegründet auf ein zu enges Modell loszusteuern.

Funktionen einer Universität in Südtirol

Die SH legte folgendes **Thesepapier** vor:

1. Geht man zunächst einmal vom Alltagsverständnis der Funktion einer Universität aus, nämlich die der Ausbildung

von Akademikern, so ergibt sich für eine Universität in Südtirol angesichts des Mangels an qualifizierten Kräften in Schule, Verwaltung und Wirtschaft eine Funktion in diesem Sinne. Das Problem ist jedoch nicht nur ein quantitatives, sondern — besonders was die Bereiche Schule und Verwaltung betrifft — auch ein qualitatives.

Eine Ausbildung der Lehrkräfte, die besonders auch die pädagogisch-didaktische Seite berücksichtigt, ist durch das Doktoratsstudium weder in Österreich noch in Italien gewährleistet. Für die Bereiche Verwaltung und Wirtschaft liegt für Südtiroler die Forderung nach Beherrschung der Fachterminologie in beiden Landessprachen nahe.

Die vorrangige Ausrichtung der Bildungsinstitutionen an quantitativen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes wird zunehmend in Frage gestellt, da sie in Konflikt kommt mit dem in der Verfassung verankerten „Recht auf Bildung“.

Zu welchen Ergebnissen immer man hinsichtlich des quantitativen Bedarfs an Akademikern bestimmter Fachrichtungen gelangt, als alleinige Entscheidungsgrundlage für oder gegen eine Universität dürfen sie nicht betrachtet werden.

2. Wenn wir ferner sagen, daß eine Universität die Funktion hätte, lokale Probleme zu erforschen, so setzen wir einen Begriff von Wissenschaft und Wissenschaftsbetrieb voraus, der sich der Gesellschaft (in unserem Fall eben der Südtiroler Gesellschaft) verantwortlich weiß. Es dürfte einleuchtend sein, daß Forschungsprojekte sowie Lehraktivitäten, die von ausländischen Universitäten bzw. Instituten getragen werden, nicht den Bezug zu unserer Realität und zu den Menschen haben, die von Lehre und Forschung betroffen sind, wie ihn eine Universität im Lande haben könnte (müßte).

3. Ein zentrales Problem für unser Land ist die Aus- und Fortbildung der Lehrer, die nach den Reformbestrebungen Italiens auf Hochschulebene erfolgen soll (vgl. die Ausführungen Dr. Seberichs).

Ein wichtiges Desiderat einer gediegenen Lehrerbildung ist die Integration von Theorie und Praxis, d.h. die Ausrichtung der Ausbildung an den konkreten Bedürfnissen der Südtiroler Schule, kurz gesagt, eine „schulnahe“ Ausbildung. Die Forschung auf diesem Gebiet — wobei die Auszubildenden beteiligt sein müßten — hätte sich mit Entwicklung von Lehrplänen und Lehrbüchern, mit der Durchführung von Schulversuchen usw. zu befassen.

4. Was im Vorhergehenden für die Lehrerausbildung als Desiderat aufgestellt wurde — nämlich die Integration von Theorie und Praxis in der Ausbildung — hat seine Bedeutung auch für andere Bereiche und soll deshalb nochmals hervorgehoben und begründet werden.

Die Ideologie der Ausbildungsinstitutionen als einer Art „Schonraum“, nach deren Durchlaufen die Schüler bzw. Studenten dann „ins Leben hinaus“ entlassen werden, ist obsolet. Als Alternative zu dieser Ideologie entstand das didaktische Konzept des Projektstudiums, das die Studenten in Forschungsprozesse einbindet.

5. Für den Bereich „Erwachsenenbildung“ hätte eine Hochschule vornehmlich die Funktion der Ausbildung von Referenten und Mitarbeitern sowie die Erarbeitung und Überprüfung von Inhalten und Methoden.

6. Geht man davon aus, daß

— die Hochschulbildung nicht eine von der Schulbildung

völlig abgetrennte und relativ wenigen „Auserwählten“ vorbehalten ist

— die an der Hochschule betriebene Lehre und Forschung sich an konkreten Problemen der Gesellschaft orientieren soll, so wird klar, daß sie den Charakter einer öffentlichen Institution haben muß. Das bedeutet, daß in Südtirol auf Hochschulebene die Politik der „Notmaßnahmen“ (Werkstudentenkurse auf privater Basis) auf längere Sicht überwunden werden muß, wenn auch klar ist, daß in diese Maßnahmen viel an kulturpolitischen Vorstellungen und an Energie investiert worden ist. Es darf diesen Institutionen ihre Bedeutung nicht aberkannt werden. Jedoch ist ihre Funktion eine grundsätzlich andere als die in diesem Papier für eine Universität postuliert. Bei diesen Maßnahmen geht es vorrangig um die Ausbildung von Akademikern wobei zu fragen ist, ob diese Ausbildung den besonderen Bedürfnissen unseres Landes gerecht wird.

Ergänzt werden soll dieses Thesenpapier mit zwei Punkten:

1. Aufgabe einer Universität als „centro culturale“ für alle laut Kollektivverträgen.

2. Zur Lösung der Probleme im Zusammenleben der Volksguppen, besonders des Bilingualismus, hätte eine Hochschule in Südtirol eine besondere Aufgabe.

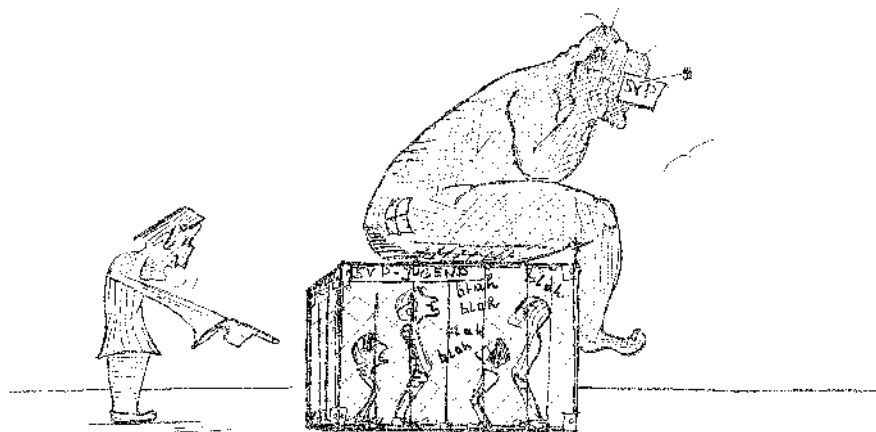
Auf besondere Kritik ist der Punkt 6 gestossen. Das SBZ und die HGB bezielten die These 6 als diskriminierend. Deshalb legt die HGB bei der dritten Sitzung folgende Alternativthese vor:

6. Geht man davon aus,
— daß die Hochschulbildung eine Weiterführung der Schulbildung darstellen soll,
— daß die Hochschule allen Bevölkerungsschichten ungeachtet ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage zugänglich gemacht werden soll,
— daß die an der Hochschule betriebene Lehre und Forschung dazu beitragen soll, die Entwicklung der Gesellschaft voranzutreiben, so wird klar, daß der Sache nur gedient sein kann, wenn die öffentlichen Institutionen und die von privaten Organisationen getragenen Einrichtungen dasselbe Ziel vor Augen haben: einen konkreten Beitrag zur Deckung des Nachfrubedarfes im schulpflichtigen Bereich und zur Stellenberechtigung gemäß ethnischem Proport im Sinne der These 1 leisten.
Die auf diesen Sektoren laufenden Kurse sind zu unterstützen, weil in diese Maßnahmen viel an kulturpolitischen Vorstellungen und an Energie investiert werden ist und sie deshalb als Orientierungshilfe für alle weiteren Initiativen anzusehen sind. Dies umso mehr, als nur ein ganz kleiner Teil der laufenden Kurse zum Doktorat führen wird, während der andere Teil mit einem Diplom abschließt und sich vor allem auch mit Ausbildungsgängen befaßt, die zwischen Wissenschaft und Praxis liegen.
Die SH nahm dies zur Kenntnis, sah aber nicht ein, die Thesen auszutauschen. Die Reaktion von Rainer (HGB): „Ich nehme dies mit Protest zur Kenntnis.“

Diese gemeinsamen Sitzungen waren — so erklärte auch Kofratscher am Ende des 4. Gesprächs — eine gegenseitige Information. Doch kann wohl nie ein völliger Konsens zwischen all den Interessengruppen erreicht werden. Die SH war der Meinung, in verschiedenen gemischten Arbeitskreisen die Tagung vorbereiten zu können. Das war aber eine Illusion. Ein Teilnehmer bemerkte einmal: „Die SH wird wohl nicht der Meinung sein, daß wir die Armele aufkrepeln und mit die Tagung vorbereiten?“

So wird nun die SH-Führung nach ihren Vorstellungen die Studientagung vorbereiten. Kontakte und Anregungen seitens der Verbände werden dabei sicher immer willkommen sein. Auch soll auf der Studientagung genügend Freiraum für Andersdenkende sein, zum Vorbringen und Durchdiskutieren entgegengesetzter Standpunkte.

Sepp Kußtatscher



Gesellschaft und Schule

Im ersten Teil des Aufsatzes wurde der Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Schule und die Abhängigkeit des Ausbildungssektors von den ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse aufgezeigt; ebenso wurde der Staat als jene Instanz definiert, die im Interesse der herrschenden Klasse durch eine entsprechende Schulpolitik Struktur und Inhalt des Ausbildungssektors festlegt. Der erste Teil des Aufsatzes schloß mit der Behauptung, daß die in der kapitalistischen Gesellschaft angelegten Widersprüche sich auch auf den Ausbildungssektor auswirken und daß der „Kampf“ zweier Erziehungssysteme stets eine Begleiterscheinung des Kampfes zweier Klassen um die Macht ist.

Die Herausarbeitung dieser Widersprüche ist, soweit sie für den Ausbildungssektor und dessen Veränderung relevant sind, das Ziel dieses zweiten Teiles des Aufsatzes. Um das Ausgeführte auch einigermaßen (bei weitem nicht genügend) praktisch zu belegen, werden Bezüge zur Entwicklung des italienischen Schulsystems hergestellt, wobei der auch dem ersten Teil eigenartige skizzenhafte Charakter der Darstellung beibehalten werden muß.

2. Teil

Widersprüche und Veränderungsperspektiven im Ausbildungssektor

Der Satz von der Unvereinbarkeit der Klassengegensätze im Kapitalismus gilt in unveränderter Weise auch für den Ausbildungssektor. Wie bereits aufgezeigt, wird der Ausbildungssektor bestimmt von den ökonomischen und politischen Interessen der herrschenden Klasse; eine Ausbildung im Interesse des Volkes ist daher nur möglich und praktisch verwirklichtbar im Gegensatz zu den Interessen des Kapitals.

Eine Ausbildung im Interesse des Volkes ist unmöglich unter den Voraussetzungen des Kapitalismus. Solange die Klasse der Kapitalisten als die herrschende Klasse Charakter und Funktion des Ausbildungssektors bestimmt, ist der Kampf für ein neues Erziehungssystem nicht zu trennen vom Kampf für eine soziale Umgestaltung der ganzen Gesellschaft. Dieser Kampf wird in allen Teilen der Gesellschaft ausgelodeten und hat die Eroberung der politischen Macht von seiten der Arbeiterklasse und ihren Bündnispartnern zum Ziel.

Bei diesem Kampf für eine Erziehung im Interesse des Volkes geht es nicht darum, irgendwelche abstrakte Ideale zu verwirklichen, sondern lediglich das freizusetzen, was bereits unter den Bedingungen des Kapitalismus herangerückt ist. Es muß daher ausge-

gangen werden von den realen Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft: der Kampf für eine Ausbildung im Interesse des Volkes findet seine materielle Basis in den Widersprüchen der kapitalistischen Entwicklung, die Professionscharakter besitzt. Die in der kapitalistischen Produktionsweise angelegten Widersprüche sind die Voraussetzung, und die Verschärfung dieser Widersprüche die Bedingung, damit die im Ausbildungssektor vorhandenen Konfliktbedingungen umschlagen in Widersprüche zu den Erfordernissen der kapitalistischen Produktionsweise und den politischen Interessen der herrschenden Klasse. Nur unter diesen Voraussetzungen kann der Ausbildungssektor von einem Moment der gesellschaftlichen Stabilisierung zu einem Moment der gesellschaftlichen Instabilität werden und schließlich, im Zusammenhang mit einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung, im Interesse des Volkes umgestaltet werden.

Die Entwicklung der menschlichen Produktivkraft und die damit verbundene Erhöhung der Arbeitsproduktivität liegt im Interesse des Kapitals, weil sie durch Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit die Mehrarbeitszeit und deren Ertrag, den Mehrwert, vergrößert. In dieser Tatsache liegt die Ursache für den „immanenten Trieb und die beständige Tendenz des Kapitals“ (Marx, Kapital), die Produktivkraft der Arbeit zu erhöhen. Notwendige Arbeitszeit und Mehrarbeitszeit sind die beiden Bestandteile des Arbeitstages und die Verkleinerung eines dieser Teile ist notwendigerweise die Vergrößerung des anderen.

Während in der Zeit des industriellen Frühkapitalismus die Vergrößerung des Gesamtarbeitstages die wichtigste Rolle spielt (= Produktion des absoluten Mehrwertes), wird in der zweiten Hälfte des 19. Jh. die Steigerung der Produktivkraft das hauptsächlichste Mittel zur Vergrößerung des Mehrwertes (= Produktion des relativen Mehrwertes). Der Übergang zur Produktion des relativen Mehrwertes bildet die ökonomische Ursache für die im reifen Kapitalismus auftretende Tendenz zur Erweiterung und Verbesserung des Erziehungswesens.

Bei der Produktion des relativen Mehrwertes gerät in der zweiten Hälfte des 19. Jh. die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zur völligen Vernachlässigung der Erziehung des Volkes, die zur Zeit der Manufaktur und der frühen Industrie bestimmend war, in Gegensatz zu einer anderen Tendenz, die infolge der immer komplizierter werdenden Beschaffenheit der Arbeitsmittel die Heranbildung geschickter, den Arbeitsprozeß mit einem gewissen Verständnis durchführenden Arbeiter notwendig macht. Der Zustand einer völligen Vernachlässigung

der Erziehung ist einfach deshalb nicht mehr aufrecht zu erhalten, weil er die Steigerung des Arbeitsproduktivität verhindert“ (Karras, Grundgedanken).

Die Voraussetzungen für eine Erhöhung der Produktivkraft werden von Marx folgendermaßen beschrieben:

„...und sie (die Produktivkraft) kann sich nicht verdoppeln, ohne eine Änderung in seinen Arbeitsmitteln oder seiner Arbeitsmethode oder beiden zugleich. Es muß daher eine Revolution in den Produktionsbedingungen seiner Arbeit eintreten, das heißt in seiner Produktionsweise und daher im Arbeitsprozeß selbst. Unter Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit verstehen wir hier überhaupt eine Veränderung im Arbeitsprozeß, wodurch die zur Produktion einer Ware gesellschaftlich erforderliche Arbeitszeit verkürzt wird, ein kleineres Quantum Arbeit also die Kraft erweckt, ein größeres Quantum Gebrauchswert zu produzieren. Während also bei der Produktion des Mehrwertes in der bisher betrachteten Form die Produktionsweise als gegeben unterstellt war, genügt es für die Produktion von Mehrwert durch Verwendung notwendiger Arbeit in Mehrarbeit keineswegs, daß das Kapital sich des Arbeitsprozesses in seiner historisch überlieferten oder vorhandenen Gestalt bemächtigt und nur seine Dauer verlängert. Es muß die technischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses, also die Produktionsweise selbst, umwälzen, um die Produktivkraft der Arbeit zu erhöhen, durch die Erhöhung der Produktivität der Arbeit den Wert der Arbeitskraft zu senken und so den zur Reproduktion dieses Wertes notwendigen Teil des Arbeitstages zu verkürzen“ (Kapital I).

Änderung der Arbeitsmittel und Arbeitsmethoden, Umwälzung der technischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses sind also notwendige Voraussetzungen für eine Erhöhung der Produktivität. Die Durchföhrung dieser Änderungen und Umwälzungen ohne eine Steigerung der Kenntnisse und Fähigkeiten seitens der Produzenten, die ihre Arbeitsmethoden ändern sollen, ist unmöglich.

„Die Verbesserung der Maschinerie – nach der gesetzlichen Beschränkung des Arbeitstages vom Kapital als die Hauptmethode zur Erhöhung der Produktivkraft besonders forciert – macht die Bedienung und Kontrolle der maschinellen Arbeitsmittel komplizierter und fordert in zunehmendem Maße den gelerntem Arbeiter, ohne dabei aber die Kategorie der ungelerten Arbeiter abzuschaffen, die eine „permanente Erscheinung der kapitalistischen Wirtschaft bleibt“ (Karras, Grundlagen).

Hier kann man klar und deutlich sehen, daß die Bourgeoisie eine Verbesserung der Erziehung nicht aus irgendwelchen philanthropischen Erwägungen

gen durchführt, sondern einzig und allein zu dem Zwecke, die Produktion des relativen Mehrwerts zu sichern; um soweit dieser Zweck es unbedingt erfordert, erhalten die Arbeiter Bildung; es wird ihnen immer nur das unzureichende Minimum derselben gegeben.

Diese Tendenz zur Erweiterung und Verbesserung des Schulsystems läßt sich in Italien erst anfangs des 20. Jhs beobachten. Die Ursache dafür liegt in der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung des Landes. Erst um die Jahrhundertwende entwickelte sich Italien von einer vorwiegend landwirtschaftlichen Produktionsweise zu einem teilweise industrialisierten Land; in den 50er Jahren vollendet sich dieser Prozeß und seither zählt Italien zu den industriell entwickelten kapitalistischen Staaten.

Der Eintritt der sozial niederen Schichten in die Schule verwickelt sich mit einiger Bedeutung erst in den ersten Jahren des 20. Jhs und findet seinen Abschluß und vorläufigen Höhepunkt im Gesetz für die Volksschulschulden (1862).

Der ökonomischen und politischen Notwendigkeit zur Verbesserung der

Erziehung wirkt allerdings eine Tendenz entgegen, die sich aus den Widersprüchen des Kapitalismus ergibt und eine Erklärung liefert für die sogenannte „Schulmisere“ (mangelnde Schulhäuser, überfüllte Klassenräume, Baumunterricht etc.).

Das Kapital, das in seinem Herrschaftsbereich alles zur Ware macht, ist an der Wohlfeilheit aller Waren interessiert, die es selbst kaufen muß, um seinen Verwertungsprozeß in Gang zu bringen; es will vor allem die Ware Arbeitskraft billig kaufen können. Je niedriger der Wert der Ware Arbeitskraft, desto niedriger ist auch der Lohn, der ja nur den Preis dieser Ware darstellt. Die Kosten der Erziehung gehören zu den Faktoren, die den Wert der Ware Arbeitskraft bestimmen. In dieser Tatsache haben wir die ökonomischen Ursachen dafür, daß in der kapitalistischen Gesellschaft so wenig wie möglich für die Erziehung der Arbeiter- und Bauernkinder ausgegeben wird.

Aber auch dort, wo es sich um die Heranbildung einer qualifizierten Arbeitskraft handelt, versucht das Kapital stets mit einem Minimum an aufgewandten Mitteln ein Maximum an Wirkung zu erzielen. Deshalb ist das Kapital an einer Reform der Erzie-

hungswesen interessiert, solange diese Reform vor allem von den Lehren getragen wird. Eine Verbesserung der Erziehungsmethoden macht den Erziehungsprozeß im allgemeinen wohlfeiler und ströbt deshalb im Kapitalismus auf keinen Widerstand.

„Die dem Kapitalismus immanenten antagonistischen Widersprüche wirken sich natürlich auch auf die Stellung der Erziehung aus. Auf der Grundlage des oben dargelegten, zwischen der Entwicklung der menschlichen Produktivkraft und der Erziehung sowie zwischen dem Wert der Arbeitskraft und den Kosten der Erziehung bestehenden Zusammenhanges ergibt sich folgender Widerspruch: Die Entwicklung der menschlichen Produktivkraft und die damit verbundene Erhöhung der Arbeitsproduktivität liegt im Interesse des Kapitals, weil sie durch Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit die Mehrarbeitszeit und deren Ertrag, den Mehrwert vergrößert. Inwiefern wäre also eine Verbesserung der Erziehung als Mittel zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität auch vom Kapital erwünscht. Auf der anderen Seite erhöht eine Verbesserung der Erziehung — soweit sie nicht nur auf einer Verbesserung der Unterrichtsmethoden beruht — deren Kosten, die ja mit in den

Glosse

Als ich vor fast hundert Jahren in der alten Festungsstadt Trient die Einjährigenschule besuchte, erbiethen uns der Lehrer für Taktik und Strategie, ein tschechischer Hauptmann, der 1817 auf der Hornuda mit der Offiziersgoldenen ausgezeichnet wurde, folgenden Grundsatz: „Angriffen kann jeder Tepp; in der Verteidigung zeigt sich die hohe Klasse einer Führung, denn dann muß man mit dem Kopf des Gegners denken.“

Welch tiefe menschliche Weisheit! Das heißt nämlich, daß der Schwache zuerst lernen muß, mit dem eigenen Kopf zu denken, und dann dazu übergehen muß, mit dem Kopf des Gegners denken zu lernen. Das heißt weiters, daß die obrige Waffe über die der Schwache verfügt, sein Gehirnschwert ist, ein Organ, dessen Verfeinerung zum Ziel aller Bemühungen des Überlebenden erhoben werden mußte.

„Sieta genti poco pratica“ (Ihr seid unpraktische Leute) sagte mir 1821 ein hoher römischer Prälat, der mir wohlwollte. Das ist derselbe Gedanke, anders ausgedrückt.

Und jetzt die Frage: Von allen, die sich in Südtirol seit 1918 mit Politik befaßt haben, wieviele konnten mit dem Kopf des Gegners denken? Wieviele davon waren „praktische Leute“? Im

vollen Sinne des Wortes, kaum einer, und wenn schon, konnte er sich nicht durchsetzen. Denn die Figur des „Standschützenmajors“ beherrscht seit Jahrhunderten das Feld; genau so wie die Standschützenmajore seinerzeit den armen Leutnant Andreas Hofer in das Unglück des Noventheraufstandes geführt haben, fest überzeugt, sie könnten so viel besser als die künftigen Generalstabmajore, die ihnen vorher die Pflöge ausgehohlet hatten.

Als zu Berlin dieses Monats die Delegierten in den Parlausschuß (das regierende Organ der Volkspartei) gewählt wurden, ergab es sich durch den Wahlmodus, daß neun Zehntel davon aus Bauerngenossen stammten, als echte politische Standschützenmajore, die nicht einmal mit dem eigenen Kopfe zu denken gewohnt hatten, geschweige denn mit dem Kopfe des Gegners. Die paar Südtiroler sind Vertreter prominenter Stammschützen, deren politisches Bildungsniveau über die „Weltwoche“ nicht wesentlich hinausreicht.

Dies vorausgeschickt, klärt sich die Frage, ob und warum wir in Bozen eine Universität dringend notwendig haben: um nämlich das allgemeine Bildungsniveau zu heben, nicht bloß, um leichter Lehrer oder Juristen oder Sprachkundler heranzuzüchten. Aber aus eben diesem Grunde wird die Univer-

sität von der Volkspartei abgelehnt, was ja kein Wunder ist, wenn man die Zusammensetzung des „Parlausschusses“ kennt.

Können Sie sich etwa vorstellen, daß die Herren Standschützenmajore die Notwendigkeit einer Wiener Neustädter Militärakademie einsehen könnten?

Als die Universitätsfrage bald nach dem Kriege akut wurde und zu diesem Zwecke ein partieller Ausschuß gebildet wurde, dem unter anderem auch der Handelskammerpräsident Dr. Walter von Welther angehörte, prüfte die Provinzialregierung von Trient vor und gründete, um Bozen den Rang abzulassen, eine Sozialfakultät, der im Verlauf der Jahre ein paar andere folgten... Wären damals im Parlausschuß genügend Generalschützen gesessen, hätte die Provinz Bozen den Gang der Dinge bestimmen können. Aber damals war Dr. Karl Erckert Landeshauptmann, ebenso Kreuzträger wie unjählig für dieses Amt, aus Dynamik, Initiative und weitreichender Planung gebrauchte hätte ein Standschützenmajor, kein Generalstabschef, und schon gar nicht ein Hörzenderer.

Pazienza, man kann da nichts anders tun als zuschauen, wie Unfuk getrieben wird, ohne daß man ihn steuern könnte.

Dr. Otto Vmatzer

Wert der Ware Arbeitskraft eingehen, sie also veräußern: dies liegt durchaus nicht im Interesse des Kapitals" (Karras, Grundgedanken).

* * *

Die chaotische Situation im Bereich des Schulhausbaus und der damit zusammenhängenden Probleme wird deutlich, wenn man die Daten darüber untersucht.

Die neuesten Statistiken geben an, daß gut 17,4% der Schulklassen in unzureichend ausgestatteten Räumen untergebracht sind; besonders schlecht ist die Situation in den Mittelschulen, wo 25% der Klassen sich in Räumen befinden, die entweder zu schlecht geheizt sind, kein Licht besitzen oder einfach zu klein sind. Von den Oberschulen sind vor allem jene Schulen betroffen, in denen am meisten Schüler aus Arbeiter- und Bauernfamilien sind: während in den Lyzeen nur 13,5% der Schulklassen in unzureichenden Räumen untergebracht sind, sind es in den technischen Oberschulen bereits 24,4% und in den Berufsschulen sogar 30,3%.

Im Bericht des CEMESIS von 1972 wird die Anzahl der Schüler, die in unzureichenden Lokalen untergebracht sind, auf 450.000 für die Volksschule, 480.000 für die Mittelschule und 240.000 für die Oberschule kalkuliert.

Auch der Turnusunterricht nimmt immer umfangreichere Ausmaße an. In der Volksschule werden 12,7% der Klassenräume für Turnusunterricht verwendet; in den Höheren Schulen ist die Lage nicht so kraß. Insgesamt sind ungefähr 2.000.000 Schüler vom Turnusunterricht betroffen.

Untersucht man die Schulpolitik der herrschenden Klasse, dann ergibt sich folgendes Bild:

- auf den ersten Blick scheint es, als hätten die Ausgaben für den Schulbau in den 60er Jahren zugenommen. Der Großteil der Gelder aber wurde für die Bezahlung des Schulpersonals und die Verwaltung ausgegeben: 1971 wurden 86,5% der bereitgestellten Gelder für die Bezahlung des Personals verwendet.
- Wenn im Zeitraum 1966—1971 die Schulbevölkerung von 7.500.000 auf 9.600.000 ansteigt, so stiegen im gleichen Zeitraum die Investitionen für den Schulsektor von 78 auf 74 Milliarden.
- Außerdem muß festgehalten werden, daß nur ein geringer Teil der für den Schulbau vorgesehenen Gelder wirklich dafür verwendet worden ist; z. B. werden im Zentralkonzept 1967 bis 1971 nur 10% der im Fünfjahresplan vorgesehenen Schulen gebaut.

* * *

Überprüft werden muß in diesem Zusammenhang auch die Rolle des Staates. „Bei der Bestimmung der Kosten für das Bildungswesen bzw. des Aufwandes für Bildung muß davon ausgegangen werden, daß diese zum größten Teil vom Staat durch das Steuereinkommen finanziert werden. Steuern aber sind letztlich zum größten Teil Abzüge vom Lohn der Arbeiter; d. h. bei erster oberflächlicher Be-

trachtung, daß der Aufwand für Bildung sich in der Tat aus dem in Geld ausgedrückten Wert der Arbeitskraft, d. h. dem Lohn, den der Kapitalist für geleistete Arbeit zahlt, zusammensetzt. Differenziert man jedoch innerhalb der „Arbeiter“ (aller in der Produktion Tätigen, vom Hilfsarbeiter bis zum leitenden Angestellten) nach dem Ausmaß der Ausbildung und damit nach dem Ausmaß der Kosten für Ausbildung, so ergibt sich, daß die große Masse der von den weiterführenden Bildungsinstitutionen ausgeschlossenen Arbeiter eben diese und damit die Ausbildung der komplizierten Arbeitskraft finanzieren. Die Masse der unqualifizierten Arbeiter bezahlt die Ausbildung der qualifizierten Arbeitskräfte, deren Aufgabe dann zu einem Teil darin besteht, durch Überwachung und Kontrolle des Arbeitsprozesses, bzw. durch Entwicklung neuer produktionsintensiver Methoden und Mittel zur intensiveren Ausbeutung der unqualifizierten Arbeitskräfte beizutragen. Auf dem Umwege über den „neutralen“ Staat hat es das Kapital so eingerichtet, daß diejenigen, die an der Intensivierung der Ausbeutung arbeiten, dazu eine von der Masse der Ausbeuteten finanzierte Ausbildung erhalten.“ (Husken)

* * *

Kennzeichnend für den entwickelten Kapitalismus ist die Trennung von Produktionsprozeß und Ausbildung. Im Unterschied zu den vorkapitalistischen Gesellschaften, in denen die Qualifizierung der Arbeitskraft im Produktionsprozeß selber erfolgt, ist diese im Kapitalismus in organisierter Form vom Staate übernommen worden. Der Grund dafür ist nicht im Arbeitsprozeß selbst zu suchen, sondern ist in den gesellschaftlichen Verhältnissen zu finden, in die der Produktionsprozeß eingebettet ist.

Der Produktionsprozeß ist im Kapitalismus nicht nur Arbeitsprozeß, sondern Verwertungsprozeß, in dem Mehrwert geschaffen wird; Ziel der Produktion ist also nicht mehr die Erzeugung von bestimmten Gebrauchswerten, sondern von Mehrwert. Die Qualifikation muß sich daher den Verwertungsinteressen des Kapitals anpassen. Der Verwertungsprozeß verlangt aber eine ständige Intensivierung der Arbeit, so daß den Intensitätsqualifikationen die entscheidende Rolle zufällt.

Der Arbeiter gehört dem Kapitalisten, bevor er in der Fabrik für diesen arbeitet. Erziehung und Ausbildung als das organisierte Einwirken auf die Herausbildung bestimmter Eigenschaften und der Aneignung eines bestimmten Wissens bereiten im Kapitalismus die Menschen auf den kapitalistischen Produktionsprozeß vor. Sie sind daher weitgehend bestimmt von den Anforderungen dieses Produktionsprozesses.

Diese Tatsache hat weitreichende Folgen und erfordert eine kurze Charakterisierung der Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß.

Im Arbeiter gepflügt die Entfremdung des Menschen. Das zeigt sich zunächst darin, daß dem Arbeiter das

Produkt seiner Arbeit nicht gehört. Der eigentliche Sinn der menschlichen Arbeit durch Veränderung von Naturstoffen Lebensmittel zu produzieren und damit die Bedürfnisse der Produzenten zu befriedigen, ist damit aufgehoben. Der Proletarier kann sich sein Arbeitsprodukt nicht aneignen.

In der Bestimmung, daß dem Arbeiter das Produkt seiner Arbeit ein fremder Gegenstand ist, ist zugleich ausgedrückt, daß er nicht nur der Lebensmittel, sondern auch der Arbeitsmittel beraubt ist. Die Arbeitsmittel sind im Kapitalismus Eigentum der Nichtarbeiter, sie sind vom Arbeiter losgerissen, haben sich ihm gegenüber verselbständigt.

Auch das Arbeitsvermögen wird dem Arbeiter unter den Voraussetzungen des Kapitalismus etwas Fremdes. Seine Arbeitskraft gehört nicht ihm, sondern dem Kapitalisten, der sie kauft. Dieser sieht im Arbeiter nicht mehr den Menschen, sondern nur die personalisierte Arbeitskraft. Er sieht in ihm nur ein „Instrument der Produktion“ (Marx), das um so mehr Mehrwert erzeugt, je länger und intensiver es angewendet wird.

Dem Arbeiter wird somit seine eigentliche Lebensäußerung, seine Arbeit, seine Tätigkeit, fremd. Er bejaht sich nicht in ihr, sondern verneint sich, er fühlt sich in ihr nicht wohl, sondern unglücklich.

„Er rechnet die Arbeit nicht selbst in sein Leben ein, sie ist vielmehr ein Opfer seines Lebens... Das Leben fängt da für ihn an, wo diese Tätigkeit anhört, am Tisch, auf der Wirtschaftsbank, im Bett.“

„Der Arbeiter fühlt sich daher erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich. Zu Hause ist er, wenn er nicht arbeitet, und wenn er arbeitet, ist er nicht zu Hause. Seine Arbeit ist daher nicht freiwillig, sondern gezwungen, Zwangsarbeit.“ (Marx; Ökonomisch-philosophische Manuskripte)

Diese Entfremdungserscheinungen erreichen im entwickelten Kapitalismus ihren Höhepunkt. Hier ist die Maschine, gleich jeder anderen Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, ein Mittel zur Produktion von Mehrwert, ein Mittel zur Akkumulation von Kapital. „Die Maschine wird zum mächtigsten Kriegsmittel gegen die Arbeiterklasse auch in der Hinsicht, daß mit ihr und durch die Arbeitsteilung in der Fabrik die geistige, moralische und körperliche Verkümmern des individuellen Arbeiters allgemein wird und ein bis dahin unbekanntes Ausmaß erreicht.“

Mit der Entwicklung der großen Industrie, mit der Anwendung von Maschinen hört die unmittelbare, die vom Arbeiter zu leistende Arbeit auf. Basis der Produktion zu sein, Kraft und Geschick gehen vom Arbeiter auf den Mechanismus über. Nicht mehr der Arbeiter handhabt mit Ausdauer und Routine das Arbeitsinstrument, sondern die Maschine selbst ist der Virtuose“ (Krupp).

Die Arbeit des Proletariats „hat durch die Ausdehnung der Maschine

und die Teilung der Arbeit allen selbständigen Charakter... verloren. Es wird ein bloßes Zubehör der Maschine, von dem nur der einfachste, antönigste, am leichtesten erlernbare Handgriff verlangt wird" (Marx, Komm. Manifest).

Die Fabrikarbeit wird überwiegend „einfache Arbeit“, zu der es immer weniger einer besonderen Ausbildung bedarf, abgesehen davon, daß es in der Fabrik in noch stärkerem Maße als in der Manufaktur eine Reihe Handlangerdienste gibt, die jeder Mensch wie er geht und steht“, verrichten kann. Diese allseitige Verelendung und Verkümmerng, — die Kehrseite der Notwendigkeit, immer größere Massen in eine elementare Erziehung einzubeziehen — wirkt sich auch auf die Methode und den Inhalt der Erziehung aus. Das Kapital ist an der Erziehung ja nur insofern interessiert, als diese die Ware Arbeitskraft vorbereitet. Die aufgrund der raschen Veränderung der Produktionsverfahren erreichte Qualifizierung der Ware Arbeitskraft erfordert zwar eine relative solide Grundausbildung, ist jedoch mehr an Interessitätsfaktoren interessiert, als an einer wirklichen beruflichen Spezialisierung. Das führt dazu, daß es in den Volks- und Mittelschichten und mit zunehmender Tendenz auch in den Oberschulen nicht mehr darauf ankommt, ein bestimmtes Wissen zu vermitteln, als vielmehr durch eine entsprechende Sozialisation die Ware Arbeitskraft für den Produktionsprozeß bereitzustellen; diese Sozialisation erfolgt nicht einzig und allein durch die für unser Schulsystem typische Unterrichtsmethode (Kontaktkonkurrenzen, Notenterror etc.), sondern ebenso durch einen entsprechend selektiven Inhalt. Diese zunehmende Entleerung der Ausbildung findet ihre Entsprechung in einer erst am Arbeitsplatz erfolgenden beruflichen Qualifikation.

Erziehung und Ausbildung hat aber im Kapitalismus auch noch eine andere Seite. Das Kapital ist an der **Bedürfnislosigkeit** der Arbeiter interessiert, weil vermehrte Bedürfnisse die notwendige Arbeitszeit verlängern und damit die Löhne in die Höhe treiben. Es ist auch ohne weiteres einleuchtend, daß eine Arbeiterklasse mit hohen Bedürfnissen entsprechende Ansprüche stellen und alle Anstrengungen machen wird, die Mittel zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu bekommen. Die Bedürfnisse der Arbeiterklasse sind also nicht nur von ökonomischer, sondern auch von politischer Bedeutung für das Kapital.

„Um die Gesellschaft glücklich und das Volk selbst in kümmerlichen Zuständen zufrieden zu machen, ist es nötig, daß die große Majorität sowohl unwissend als arm bleibt. Kenntnis erweitert und vervielfacht unsere Wünsche, und je weniger ein Mann wünscht, desto leichter können seine Bedürfnisse befriedigt werden“ (Marx, Kapital).

Dieses Interesse an der Bedürfnislosigkeit der Lohnarbeiter ist jedoch nicht absolut aufzulassen. Auch hier zeigen sich die dem kapitalistischen Wirtschaftssystem innewohnenden Widersprüche deutlich. Die Klasse der Ausgebeuteten stellt ja nicht nur die Produzenten, sondern sie stellt zugleich auch die Konsumenten, d.h. die große Masse der Käufer, und deshalb ist das Kapital durchaus an einem **Bedürfnisreichtum** der werktätigen Massen interessiert.

„So bestehen in der kapitalistischen Gesellschaft zwei gegensätzliche Tendenzen: die eine ist durch das Bestreben charakterisiert, die ausgebeuteten Massen so bedürfnislos wie möglich zu machen, die andere besteht in dem Bestreben, bei den gleichen Massen künstlich Bedürfnisse zu erzeugen“ (Kamas, Grundgedanken).

Der allgemeine Kulturzustand bestimmt Umfang und Inhalt geistiger und sozialer Bedürfnisse, die ihrerseits die moralische Schranke bei der Inanspruchnahme der Arbeitskraft, d. h. unter kapitalistischen Bedingungen die Schranke der Ausbeutung mitbestimmen. Der kapitalistischen Gesellschaft wohnt schon von Beginn eine kulturfeindliche Tendenz inne, was jedoch aufgrund des oben Angeführten nicht absolut aufzulassen ist.

Die Notwendigkeit, die geistigen und sozialen Bedürfnisse künstlich zu steigern und sie trotzdem gleichzeitig zu unterdrücken, führt für die Erziehung zu einer bedeutsamen Konsequenz: Emanzipations- und Herrschaftswissen werden innerhalb der Erziehung zu einem Widerspruch, dem das Kapital durch eine verstärkte ideologische Beeinflussung auch außerhalb der Schule zu begegnen versucht.

Die Verschlechterung der Studienbedingungen, die zunehmende Entlee-

BAU Beratungs- und Planungsbüro sucht jungen selbständigen
INGENIEUR

als Team-Mitarbeiter und

HANDELS
DOKTOR

für interessante Tätigkeit auf dem Gebiet Umweltschutz und Anlagenbau.

Industrie-Team
Dr. Ing. Karl Trojer
Terlan, Nationalstr. 48
Tel. (0471) 57248

rung und Vereinsfrigung der Ausbildung, die Verschärfung der durch die Intensitätsqualifikationen erforderten Sozialisationspraktiken und die Unzufriedenheit mit den Berufsaussichten (auf die hier nicht eingegangen werden kann) sind die andere Seite des durch den Kapitalismus erzeugten Fortschrittes; sie bildet die objektive Basis für eine sozialistische Massenbewegung im Ausbildungssektor. Entscheidend jedoch ist die Bewußtwerdung dieser Widersprüche und deren Ursachen bei Schülern und Lehrern und die Bemühungen, praktisch in die Verhältnisse einzugreifen. Perspektiven für eine Veränderung des Ausbildungssektors im Interesse des Volkes sollen zusätzlich in einem eigenen Referat behandelt werden.

Klaus Reider

"Premio giornalistico Trentino-Alto Adige 1974., La edizione

1) per un articolo pubblicato, in lingua italiana o in lingua tedesca, in Italia o all'estero, su giornali o riviste, tra il 1. settembre 1973 e il 25 agosto 1974.

2) e per un articolo inedito, massimo 4 cartelle, parimenti in lingua italiana o tedesca

che si riferiscano esclusivamente al Trentino-Alto Adige con ampia libertà di tematica sulle tre culture del luogo: italiana, tedesca e ladina. Gli autori cioè hanno larghe possibilità di trattazione: arte, folklore, turismo, letteratura

ecc. Gli scrittori debbono mettere in evidenza aspetti generali e particolari, anche su un artista, uno scrittore, una personalità della cultura, un personaggio, una località ecc.

I lavori debbono essere presentati in cinque copie (o giornali, o riviste, o dattiloscritti) entro il 1. settembre 1974.

Gli inediti possono essere corredati da un massimo di due fotografie.

La partecipazione al concorso non implica l'abbonamento ad "Adige panorama".

Beitrag zu einer diskussion über den bürgerlichen staat

In nummern, die dieser ausgabe des strolach unmittelbar vorangehen, ist die staatsproblematik des öfteren angeklungen. Der vorliegende aufsatz soll sie zum ausschließlichen gegenstand haben. In gedrängter form wird mit hilfe des hier gewählten ansatzes der versuch unternommen:

- eine allgemeine einschätzung der rolle des staates in der bürgerlichen gesellschaft zu liefern
- den spätkapitalistischen staat im besonderen zu untersuchen
- die wahrscheinliche entwicklungsrichtung des spätkapitalistischen staates anzugeben.

Diese Konsolidation unseres eigenen Produktes zu einer sachlichen Gewalt über uns, die unserer Kontrolle entzückt, unsere erwartungen durchkreuzt, unsere berechnungen zunichte macht, ist eines der Hauptmomente in der bisherigen geschichtlichen entwicklung. (Marx)

I.

Wenn Hegel den staat als die „Wirklichkeit der sittlichen Idee“, „die Wirklichkeit der konkreten Freiheit“, „die Wirklichkeit der Vernunft“ begriff, so unterläßt er es jedoch nicht, die staatsphäre mit dem privateigentum zu koppeln. „Nur im Eigentum ist die Person als Vernunft“ (G.W.F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts); in ihm objektiviert sich der wille des einzelnen, weswegen er recht auf schutz seines eigentums durch den staat beanspruchen kann.

Diese koppelung vollzieht aber nicht nur Hegel; allgemein findet die bürocratische wirklichkeit ihren staatsrechtlichen ausdrück im werke von denken, die wie Hobbes, Locke, Rousseau, Kant etc. den staat als garanten des privateigentums verstehen.

Was diesen jedoch als ein ewiges unverzichtbares recht des menschen überhaupt erscheine, wird von Marx dagegen auf seinen historischen gehalt hin untersucht, mit dem ergebnis, daß der staat nichts anderes ist als das produkt einer in klassen gespaltenen gesellschaft, dessen geschichtliche aufgabe sich ebenso wie diejenige des privateigentums, das im kapitalistischen privateigentum seine vollendung erfährt, an einem bestimmten punkt der entwicklung erschöpft.

Was jedoch die kapitalistische gesellschaft im besonderen betraff, scheint es nicht unproblematisch, von dem staat zu sprechen, ohne die verschiedenen staatsformen zu berücksichtigen. Und doch haben diese verschiedenen staatsformen aber unbedingt gemeinsam, daß sie „auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft“ stehen (Marx, Radikales zum Programm der deutschen Arbeiterpartei),

letzten endes daher aber auch aus ihren innersten widersprüchen selbst resultieren.

Gleichzeitig ist es gerade die besonderheit dieser modernen gesellschaft, welche die besonderheit ihres staates konstituiert. Der bürgerliche staat unterscheidet sich beträchtlich von vorhergehenden formen der klassenherrschaft: die differenz liegt in seiner abstammung, in seiner besonderen existenz, neben und außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft“. (Marx/Engels, Die deutsche Ideologie). Im mittelalter hingegen gab es Leibeigere, Feudalgut, Gewerkekorporation, Gildenkorporation etc., d.h., im Mittelalter ist Eigentum, Handel, Sozietät, Mensch politisch; ... jede Privatsphäre hat einen politischen Charakter oder ist eine politische Sphäre, oder die Politik ist auch der Charakter der Privatsphären. ... Im Mittelalter ist Volk, leben und Staatsleben identisch“. (Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechtes). Nimmt der feudalkern als privateigentümer seine (privaten) rechte seinen untergebenen gegenüber wahr, so tut er dies gleichzeitig als Träger eines öffentlichen rechts und umgekehrt. Macht ist mit grundeigentum verbunden und beides religiös legitimiert, das individuum, welches in dieser totalität aufgeht, zieht notwendigerweise den kürzeren.

Deshalb mußte es die historische aufgabe der aufstrebenden bürgerlichen klasse sein, den kampf gegen das mittelalterliche allgemeine aufzunehmen, um das besonders zu emancipieren. Die entwicklung der produktivkräfte zwang zur überwindung der durch den feudalismus auf zu erg gesetzten schranken. Und in der tat zeigt sich der bruch der aufkommenden gesellschaft mit der mittelalterlichen welt vurrangig in der herausbildung zweier voneinander getrennter sphären, der öffentlichen und der privaten. Die bürgerliche produktionsweise unterbricht der verwandlung des menschen in einem warenbesitzer und der gesamten gesellschaft in einen ewigen markt.

Es ist aber kennzeichnend für diese produktionsweise, daß die insbesondere auf dem höhepunkt ihrer entfaltung an der existenz einer außerhalb der tauschverhältnisse befindlichen und ihren inhalt bestimmenden autorität nicht interessiert sein kann. Zum ersten Mal sieht sich die menschheit gesetzmäßig gegenüber, die für sie die kraft von naturgesetzen haben; es sind gesetze weder gottes noch des herrschers, sondern reine gesetze der ökonomie. Sieh ihnen entgegenzustellen, muß selbst für die staatliche autorität verderblich sein. Das freie wirtschaftsobjekt fühlt sich durch keine andere instanz gebunden als durch die

unparteilichen willen des gesetzes, das den marktverkehr regelt. Das konkurrenzprinzip, das die egoistisch isolierten warenbesitzer leitet, verhindert die parteilichkeit der staatlichen macht, deren aufgabe es ist, den reibungslosen ablauf des wirtschaftlichen prozesses unpersönlich zu garantieren. Das geltende gesetz ist jenes von anbot und nachfrage, dem allein die autonomen und gleichen privateure unterworfen sind. Verwaltung und rechtsprechung trennen sich endgültig vom (grund)igentum, dessen unmittelbare emanation sie bis dahin waren. Ein seinen eigenen gesetzen unterworfenen kapitalismus soll sein ungestörtes funktionieren sichern, die freien und gleichen individuen sollen dadurch, daß sie ihr persönliches und partikuläres Interesse verfolgen, ihren wechselseitigen zusammenhang auf dem markt erfahren. Mit dem markt als regulator der verhältnisse der einzelnen warenproduzenten voneinander soll die subjektive anarchie in einen objektiven einklang anschlagen. Die identität des privaten mit dem öffentlichen interesse wird sich selbstständig einstellen, wenn sich das private interesse nur frei entfalten kann.

II.

Wenn aber das wirtschaftliche leben dieser gesellschaft durch die generalisierte konkurrenz gekennzeichnet ist, so nimmt es nicht wunder, daß dieses prinzip ebenso in der politischen dimension seinen niederschlag findet, nicht minder als in der allgemeinheit der norm, den verankerten grundrechten etc., drückt sich die liberal-rechtsstaatlichkeit in der gewaltenteilung, d.h. in der gegenseitigen kontrolle der verschiedenen machtzentren, aus. Staatlichen wirkung soll damit ein regel vorgeschoben, die identität von regierenden und regierten hergestellt und somit die herrschaft des menschen über den menschen durch die herrschaft des gesetzes abgelöst werden.

Nur nebenbei sei aber daran erinnert, daß solch optimistische verkündigungen mit einer alles eher als erbaulichen wirklichkeit kollidieren, der liberalismus nirgendswo seine vollständige verwirklichung erfahren hat. Hier einige beispiele: 1792 wird in Frankreich das allgemeine wahlrecht eingeführt, von dem jedoch dienstboten als abhängige personen ausgeschlossen bleiben, in England sind noch im jahre 1864 ein drittel der männer und alle frauen vom wahlrecht ausgeschlossen; einflussreiche posten in verwaltung und gerichtsbarkeit sind dem wohlhabenden bürgerium vorbehalten; ebenso sperrt sich das parlament der arbeitenden bevölkerung, solange die parlamentarische tätigkeit wesentlich er-

folgt; das liberale system, das die gewalt verabscheut und das stehende heer als verschwendung betrachtet, küßt 1819 auf englische arbeiter schla-ken; lange zeit gelingt es, die organisation der arbeiter in gewerkschaft und partei zu unterbinden, indem man von der unmöglichkeit struktureller un-erlegenheit ausgebauter gesellschaftlicher gruppen ausgeht etc.

Diese inkongruenz von ideengeschichte und realgeschichte hat aber sehr viel tiefgreifendere ursachen, als daß man verfahrenlosend von nicht verwickel-lichten idealen sprechen könnte.

Marx hat bereits in „Zur judenfrage“ am beispiel der menschenrechte ge-zeigt, welche zwiespältigen charakter die bürgerliche emanzipation aufweist. Und tatsächlich besitzen schon die men-schenrechte eine doppelte natur: zum einen beziehen sie sich auf die politi-schen rechte, auf die partizipation des individuum am staatswesen, was ih-ren droit-du-citoyen-gehalt ausmacht, zum anderen beziehen sie sich auf den homine, wie er das mitglied der bür-gerlichen gesellschaft ist. Dieser letztere aber ist und bleibt der egoistische, vom gemeinsamen getrennte mensch, der bourgeois. Der mensch würde da-her „nicht vom eigentum befreit. Er er-hält die freiheit des eigentums. Er würde nicht von dem Egoismus des Gewerbes befreit, er erhält die Ge-werbefreiheit.“ Somit sanktionieren die menschenrechte die weltliche ver-fügungsgewalt über das privateigentum, wobei das menschenrecht der freiheit „nicht auf der verbündung des Men-schen mit dem Menschen“ basiert, sondern vielmehr auf der Absonde-rung des Menschen von dem Men-schen. Es ist das recht dieser Abson-derung, das recht der beschränkten, auf sich beschränkten individuum.“

Und doch war die politische emanzipation, welche die gesellschaft aus der feudalen umklammerung löste, das individuum freisetzte und die poli-tische gleichheit erklärte, ein fort-schritt. Was aber noch ausstand, war die menschliche emanzipation, welche den menschen mit sich selbst und mit den anderen menschen ver-söhnen sollte.

Damit sind aber gleichzeitig die gren-zen der bürgerlichen revolution ange-geben: der erklärte abstrakte staats-bürger kann erst dann in den homine zurückgenommen werden, wenn dieser sich von seiner egoistischen beschränk-theit befreit. Diese versöhnung, die menschliche emanzipation, ist jedoch nicht aufgabe der bürgerlichen klasse, welche den staatsbürger vom egoisti-schen menschen abspaltete, sondern jener klasse, welche den widerspruch zwischen der emanzipation der bour-geoisie und der emanzipation der menschheit identifizieren mußte. Es ist die arbeiterklasse, welche, von der kapitalistischen produktionsweise her-vorgebracht, um in fesseln gelegt zu werden, erkennen mußte, daß die men-schenrechte, „weil man das Eigentum unter sie rechnete und die Gleichheit auf die politische beschränkte, eben

nur — erklärt worden sind“. (H. Bloch, Naturrecht und menschliche Würde).

III.

Wenn nun aber der benannte dualismus, die spaltung der gesellschaft in gesellschaft und staat, ein konstituti-ves element der geschichte des kapitalis überhaupt ist so kommt es vorrangig auf die untersuchung des zusammen-hanges zwischen ihnen an.

Der pudels kern ist für Lenin dies: „Die formen der bürgerlichen staaten sind außerordentlich mannigfaltig, ihr wesen ist aber die und dasselbe: Alle diese staaten sind so oder so, aber in letzter konsequenz unbedingt eine dik-tatur der bourgeoisie“. (Lenin, Staat und Revolution). Ein rückgriff auf die-se formel muß aber unbefriedigend sein, da sie die komplexität insbeson-dere des spätkapitalismus nur verkürzt zu fassen vermag. Sie ist wohl eher auf die kapitalistisch schwach entwickelte russische wirklichkeit zugeschnitten, in der das zentrum die einzige machtkonzentration darstellte, auf deren zer-schlagung es Lenin ankam.

Es mag überraschen, daß auch Marx den staat zuweilen schlicht einen zwangsapparat nennt, doch geschieht dies dann, wenn vom staat eben nicht anderes mehr übrig bleibt als der nach-täfel, wie etwa während der herr-schaft Louis Napolcons. Ansonsten aber setzt Marx den akzent eben auf die besondere existenz des staates, neben und außerhalb der bürgerlichen ge-sellschaft.

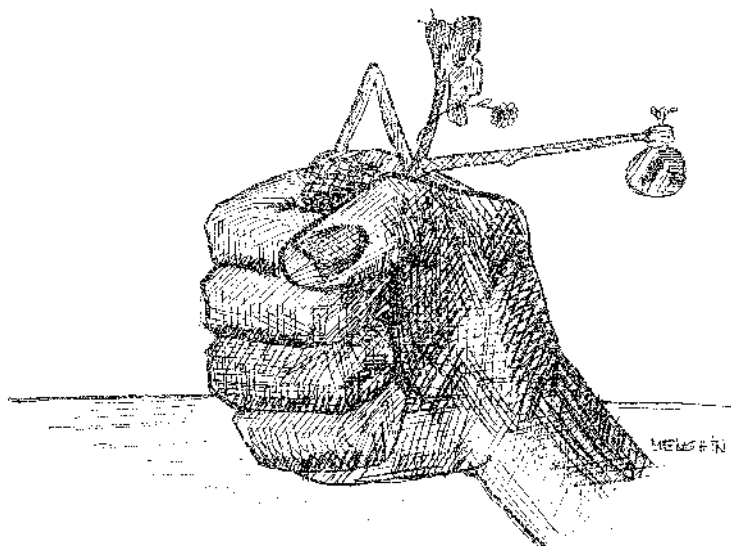
Was meint nun dieser begriff in sei-ner vollen bedeutung? Geht er über die charakterisierung einzig der überle-bensphase in der kapitalistischen ent-wicklung, in der der staat die gesellschaft ihren ökonomischen gesetzmäßigkeiten überläßt, hinaus? Was macht aber den staat sogar in einer sich selbst regu-lierenden gesellschaft zur notwendig-keit?

Eine antwort auf diese fragen muß zwangsweise bei der besonderheit der bürgerlichen emanzipation selbst an-setzen. Der widerspruch, in dem sie sich bewegt, ist identisch mit der ab-

sonderung des egoistischen, vom ge-meinwesen getrennten menschen, von dem staatsbürger, vom menschen, wie er sich als gattungswesen äußert. Dem-zufolge kann sich aber auch der staat nicht anders als über den besonderen elementen... als Allgemeinheit“ (Marx, Zur Judenfrage) konstituieren, in ihrer anerkennung als selbe voraussetzung. Diese ist aber die warenproduzierende gesellschaft, eine gesellschaft, in der die einzelnen produzenten unabhängig von-einander, in der verfolgung ihres be-sonderen interesses produzieren, wo-bei der zusammenhang zwischen den verschiedenen tätigkeiten nur durch den austausch der resultate als waren vermittelt ist. Die schaffung einer be-sonderen instanz zur wahrnehmung des allgemeinen interesses, das im wille-n besteht, jene verhältnisse aufrechtzuerhalten, welche die verfolgung des parti-kulären interesses ermöglichen, wird daher gerade wegen der beschränktheit der bürgerlich-privaten zielsetzung erforderlich.

Zu beachten ist aber, daß mit der be-gründung der notwendigkeit des staates als besondere instanz noch nichts gesagt ist über die not-wendigkeit des bürgerlichen staates überhaupt.

Um diese frage beantworten zu kün-nen, ist es unerlässlich, die kapitalisti-sche warenproduktion von jener wa-renproduktion zu unterscheiden, in welcher die produzenten über ihre pro-duktionsmittel verfügen, das eigentum daher nicht von der arbeit getrennt ist. Die kapitalistische produktion dagegen ist die verallgemeinerte warenproduk-tion, welche ebenso die produktion und den tausch der arbeitskraft als ware einschließt. Ihr eigentümer stellt sie dem kapitalisten für eine bestimm-te zeit zur verfügung, d.h. er erlaubt ihm ihre benutzung zur produktion von gebrauchsgegenständen, deren e-igentümlichkeit in der warenproduktion (doch ist, gleichzeitig tauschwert zu sein. Die produktion erfolgt für den markt. Das ziel des kapitalisten muß daher die vermehrung seines geldes sein; gebrauchswerte werden nur her-



gestellt, insofern sie der profitproduktion dienlich sind, die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse ist im Kapitalismus dem Profitinteresse durchaus untergeordnet.

Wenn der Kapitalist demzufolge einen bestimmten Wert zur Erzeugung von Arbeitskraft und Produktionsmitteln verschleudert, so tut er dies mit dem Ziel, nach Vollendung des Produktionsprozesses einen höheren Wert auf dem Markt zu realisieren, als sein eingesetzter Wert beträgt. Könnte er dies nicht erreichen, so würde jede Motivierung seines Einsatzes fehlen. Damit dieser aber einen Vorteil erbringt, ist über die Produktion von Wert hinaus die Produktion von Mehrwert erforderlich. (Dazu ausführlich Marx, Das Kapital, erster Band)

Da sich nun aber der Wert der während des Produktionsprozesses konsumierten Produktionsmittel auf das neue Produkt lediglich überträgt und sich in ihm erhält, kann dies nicht der Prozess sein, bei dem Produkt einen neuen Wert hinzugibt. Die Quelle des Mehrwertes muß daher die eingesetzte Arbeitskraft sein. Diese erhält in der Tat die alten Werte (Maschinen, Rohstoffe, etc.), während sie einen neuen Wert zusetzt. Dieser neue Wert wiederum dient einem doppelten Zweck: einerseits ersetzt er dem Kapitalisten jenen Kapitalwert, den er zur Erzeugung der Ware Arbeitskraft vorgeschossen hat, andererseits stellt er einen Überschuß, d.h. den Mehrwert dar. Mit anderen Worten heißt dies aber, daß der Arbeiter nicht nur für sich selber produziert, sondern auch für den Kapitalisten. Dieser letztere eignet sich den Mehrwert an, der nichts anderes ist als unbezahlte Arbeit. Die Mehrwertproduktion bedeutet daher für den Arbeiter einen unbezahlten Energieaufwand, während sie dem Kapitalisten die Verfügungsgewalt über das Produkt garantiert; Eigentum und Arbeit gehen verschiedene Wege.

Es wird hier aber klar, daß der veralgemeinerte Markt, auf dem auch der Besitzer der Arbeitskraft diese als Ware tauscht, nur den Schein realer Gleichheit zwischen Kapital und Arbeit aufrechterhalten kann, die tatsächliche Ungleichheit also verschleiern muß: Eigentum an Arbeitskraft kann einzig auf formaler Ebene dem Eigentum an Produktionsmitteln gleichgesetzt werden. In Wirklichkeit ist diese Gleichstellung als „Vertragspartner“ nur die oberflächliche effektiver Herrschaftsverhältnisse, welche sich auf der Basis kapitalistischer Aneignungsverhältnisse konstituieren.

An diesem Punkt erlaubt jedoch der eben skizzierte Zusammenhang die Staatsdiskussion dort wieder aufzunehmen, wo der Staat als der Vertreter des allgemeinen Interesses bezeichnet wurde. Die Frage muß nun aber lauten, wie wohl das allgemeine Interesse in einer von Herrschaft und Knechtschaft, von Klassenantagonismen gezeichneten Gesellschaft aussehen kann? S. von Flatow/F. Huiskens (in Probleme des Klassenkampfes) suchen die Lösung des Pro-

blems gerade in der Spaltung der bürgerlichen Wirklichkeit in formelle Freiheit und Gleichheit einerseits und reale Abhängigkeit andererseits. Diese Polarität ist für sie der Dualismus von „unvollständiger Oberfläche“ und „Tiefe“, wobei sich an der Oberfläche gemeinsame Interessen der verschiedenen Privateigentümer von Produktionsmitteln, Boden und Arbeitskraft herausbilden können. Diese drei Gruppen von Privateigentümern sind an der Aufrechterhaltung ihres respektiven Eigentums und daher an der Wahrnehmung der schützenden Funktion durch den Staat interessiert. An der Oberfläche erweisen sich aber auch die verschiedenen Produktionsfaktoren (Boden, Arbeit und Kapital) als gleichmäßig Wertproduktiv. Boden, Arbeit und Kapital produzieren ihre Ergebnisse in Form von Grundrente, Lohn und Profit. Es ist jedoch wiederum Marx, der die verschiedenen Einkommenskategorien auf ihre gemeinsame Quelle, die abstrakte menschliche Arbeit, zurückführt. Der Lohn ist dabei nicht mehr das, was er zu sein scheint, nämlich Preis der Arbeit, sondern nur noch Preis der Ware Arbeitskraft, d.h. Preis, der erforderlich ist, um den Arbeiter als Arbeiter zu erhalten; der Profit ist das, was er ist, nämlich Ergebnis der Ausbeutung; die Bodenrente ist nicht mehr Produkt des Bodens selbst, sondern Teil der Mehrarbeit des landwirtschaftlichen Lohnarbeiters. Nur an der Oberfläche hingegen kann diese Wirklichkeit auf den Kopf gestellt werden. Das Kapital verleiht dabei den Charakter eines gesellschaftlichen Verhältnisses, um jenes bereits produzierte Produktionsmittel anzunehmen, das Grundeigentum ist nicht mehr monopolistische Verfügungsgewalt über bestimmte Teile der Erde, sondern nur noch natürliche Produktionsvoraussetzung, die Lohnarbeit verleiht ihren bloß geschichtlichen Charakter und wird zur Arbeit überhaupt. Die Gleichberechtigung zwischen den Einkommensquellen und daher auch zwischen ihren Eigentümern ist gesichert. Eventuelle Differenzen in der Höhe der verschiedenen Einkommensgattungen können sich daher an der Oberfläche als Ergebnis mangelhafter Ausschöpfung der respektiven Einkommensquelle ausweisen. Nichtsdestoweniger bedeutet aber das Interesse an der Beibehaltung der jeweiligen Einkommensquelle, unter Anstrengung eines möglichst hohen Nutzungsgrades, Beibehaltung der Trennung der verschiedenen Einkommensgattungen voneinander, daher Perpetuierung der Klassen, welche durch das Verhältnis zu den Produktionsmitteln gesetzt sind. Und gerade die in Klassen zerrüttete Gesellschaft ist es, die die Existenz des Staates erfordert, nicht in dem Sinne jedoch, daß er ausschließlich als Instrument der herrschenden Klasse auf den Plan zu treten hat, sondern vielmehr im Sinne der Vertretung des allgemeinen Interesses.

Wenn dieses nun aber im Willen besteht, das partikuläre Interesse zu schützen und letzteres zusätzlich noch

einen Klassencharakter annimmt, so kommt auch der Staat nicht umhin, den besonderen Bedürfnissen der einzelnen Klassen Rechnung zu tragen. Wenn er das Privateigentum schützt, so kann er es folglich nicht, ohne zwischen Eigentum an Produktionsmitteln, Arbeitskraft und Boden zu differenzieren: Das Eigentum an Arbeitskraft erfordert vom Staat eine andere Leistung als etwa das Eigentum an Produktionsmitteln. Er wird daher ein Gesetz erlassen nicht zum Schutze vor Diebstahl, Raub, Plünderung etc., sondern zum Schutze des persönlichen, immateriellen Eigentums an Arbeitskraft vor seiner Zerstörung. Das Gesetz wird sich somit trotz seiner Allgemeinheit auf das Eigentum einer bestimmten Klasse beziehen.

Diese relative Autonomie, d.h. die nicht unmittelbare Unterordnung unter das Interesse der herrschenden Klasse kommt dem Staat aber erst durch seine Existenz neben und außerhalb der Gesellschaft zu, durch die Auflösung des Widerspruchs zwischen allgemeinem und besonderem Interesse mittels der Zuteilung der Verwaltung des allgemeinen Interesses an eine besondere Institution. So erklären sich auch staatliche Maßnahmen, die den unmittelbaren Interessen der herrschenden Klasse zuwiderlaufen, dergestalt, daß nicht nur Konstellationen wie etwa Staat und Kapital gegen Arbeit, sondern auch solche von „Arbeit und Staat gegen Kapital und endlich sogar Arbeit, Kapital und Boden gegen den Staat durchaus denkbar und empirisch auffindbar sind“. (S. von Flatow/F. Huiskens)

IV.

Es sind aber in erster Linie diese letzteren Konstellationen, welche den Staat nicht als „illusorische“ (Marx, Die deutsche Ideologie), sondern als reale Gemeinschaft erscheinen lassen; reale Klassengegensätze scheinen zumindest in der Staatssphäre keine Fortsetzung zu finden. Der Staat erstrahlt in neutralem Glanze.

Und doch ist die Behauptung von der Neutralität des Staates nichts anderes als eine Ideologie, die eben dort ihren Nährboden findet, wo sich der Staat von der Gesellschaft scheidet. In Wirklichkeit ist er das Produkt gesellschaftlicher Widersprüche und ihnen unterworfen, obwohl er sie aufzuheben scheint. Werden also Forderungen der Arbeiterklasse an den Staat gerichtet, so findet sich die Grenze ihrer Realisierbarkeit dort, wo sie eine Unterbindung der Verwertung des Kapitals bedeuten. Dies soll andererseits nicht heißen, daß sich der Staat ausschließlich an den unmittelbaren Interessen einiger oder sogar aller Kapitale zu orientieren hat. *Conditio sine qua non* seiner Tätigkeit ist lediglich die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung. Erst in diesem Rahmen werden jene Konzessionen verständlich, welche das Kapital oder der Staat gelegentlich an die Arbeiterklasse machen; hängt doch von ihnen der Fortbestand der kapitalistischen Ausbeu-

lung selbst ab. Von der Neutralität des Staates kann also keine Rede mehr sein, sobald man den Staat als Instrument der herrschenden Klasse vom Staat als Garant der bestehenden Ordnung unterscheidet. Denn oben diese letztere Bestimmung beinhaltet die Möglichkeit der Befriedigung gewisser Bedürfnisse der Privatigentümer der Ware Arbeitskraft. Trotzdem sind ihr nicht unwesentliche Grenzen gesetzt. Die Realisierungschance, die proletarische Forderungen im Kapitalismus durchaus besitzen, kann nämlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß Forderungen alternativen Charakters, Forderungen

also, welche die Überwindung des Kapitalverwertungsbedürfnisses und somit die Befreiung des Gebrauchswerts von seinem Tauschwertcharakter bezwecken, vor der endgültigen Überwindung der politischen und sozialen Herrschaft des Kapitals lediglich auf das Ausmaß der Kapitalverwertung und daher der Ausbeutung einfluß nehmen können. Sie können sich dementsprechend nicht von der zwieschichtigkeit befreien, die Fortdauer der kapitalistischen Produktionsweise auf höherer Ebene zu garantieren, während sie die Situation der Arbeiterklasse verbessern.

Sind nun gesellschaftliche Forderungen an den Staat gerichtet, so kann dieser einzig „an der Oberfläche“ zur Inkarnation jener nach hierhin und nach dorthin verteilenden Gerechtigkeit werden, die, wie insbesondere im modernen „Wohlfahrtsstaat“, „jedem das seine“ zukommen läßt. Es ist dagegen gerade der Kern des bürgerlichen Staates selbst, nämlich seine Konstitution auf der Grundlage einer Klassengesellschaft, welche ihn letzten Endes in die Schranken des Kapitalverwertungsbedürfnisses zwingt. Werner Unterhauser

(Fortsetzung folgt)

Südtirols Bildungsprobleme

Am 19. April 1974 schickte ich der „Dolomiten“ meine Stellungnahme zum Artikel „Südtirols Bildungsprobleme“ von Frau Hofrat Dr. Viktoria Stadlmayer. Wenn Toni Ebner schon so viel Platz für das Petrusgrab und Kuiperion zur Verfügung gestellt hat, ist es verwunderlich, daß dieser Leserbrief wieder in den Papierkorb gewandert ist.

Sepp Kußbatscher

Ich war angenehm überrascht, daß die „Dolomiten“ in einer Samstag/Sonntag-Ausgabe (6./7. April 1974) die ganze dritte Seite Südtiroler Bildungsproblemen gewidmet hat. Verwundert war ich allerdings, daß die „Dolomiten“ nur die Kehrseite der Medaille (dies: Hofrat Stadlmayer) vermittelt und auf die Vorderseite der Medaille verzichtet, die von Vertretern des Instituts für Erziehungswissenschaft an der Universität Innsbruck gezeichnet wurde. Verständlich wird das nur, wenn man im fettgedruckten Vorspann liest: „Wessen Geistes Kind dieses Institut, das vom Landesausschuß unglücklicherweise mit der Erstellung eines Bildungsplanes für Südtirol beauftragt worden ist und dafür auch bezahlt wird, ist, wissen unsere geschätzten Leser...“.

Daß sich ein (oder die) Redakteur der „Dolomiten“ dieses Urteil anmaßt, ist arrogant und läßt so auch den Artikel von Frau Hofrat V. Stadlmayer tendenziös und manipulierend erscheinen.

Ich kann hier nicht auf alles eingehen, was in diesem langen Artikel stand, sondern möchte nur einige Unrichtigkeiten korrigieren.

Die vielen Zahlen und Statistiken im genannten Artikel erwecken den Anschein von Objektivität.

An der Universität Innsbruck studieren 1100 Südtiroler Hochschuliler. Die Zahl stimmt nur, wenn man die beinahe 400 inskribierten Werkstudenten

des Südtiroler Bildungszentrums in Bozen und die Teilnehmer der Brixner Supplenteukurse dazuzählt. Wenn man diese auch einrechnet, ergeben die Schätzungen von Hofrat Stadlmayer bei 2200 Südtiroler Hochschuliler insgesamt. Wie man dann aber zur Behauptung kommen kann, daß „die Vereinigung Südtiroler Hochschülerschaft“ nur etwa 10% aller Südtiroler Hochschuliler vertritt, ist sonderbar. Die Frau Hofrat müßte bei all ihren Informationen über Südtirol wissen, daß die „Südtiroler Hochschülerschaft“ bei 1200 zahlende Mitglieder hat. Und: die durchschnittliche Wahlbeteiligung läßt sich bei der SII bedeutend höher als die bei den letzten Studentenvahlen in Österreich, wo jeder Hochschüler bei der Inskription Pflichtmitglied der österreichischen Hochschülerschaft wird.

Die Behauptung, daß die „italienische Universitätsreform“ künftig nur staatliche Volluniversitäten zulassen will, stimmt nicht.

Fürs erste kennt man in Italien die Volluniversitäten (mit vier Fakultäten wie z. B. in Österreich) überhaupt nicht. Es ist nur vorgesehen, daß eine Universität mindestens drei Fakultäten haben müsse (Jacoltà in Italien entspricht nicht der Fakultät im österreichischen Sprachgebrauch, sondern entspricht mehr einem Institut).

Diese Behauptung war wohl mehr dazu aufgestellt, um das Monstrum „Universität“ möglichst schreckhaft an die Wand zu pinseln. Ebenso tendenziös ist dann auch die ständige Verflechtung der Universitätsbefürworter mit einigen Exponenten italienischer Parteien, hauptsächlich Kommunisten, die keine Hochschule als gesellschaftsrevolutionarisches Element, gemischt-sprachig, mit Zuziehung von Professoren aus dem gesamten deutschen Sprachraum, besonders aber aus der Deutschen Demokratischen Republik“ wollen. Frau Hofrat weiß genau, dieser Anstrich (Assimilierungspolitik)

„mit die Walsch’n“ sowie die rote Farbe) erweckt Abscheu bei jedem guten Tiroler. Und darum ersinnt man solche Klischees.

Die Feststellung, Südtirol sei zu klein für eine universitäre Einrichtung, müßte auch erst bewiesen werden. Gegenbeweise wären leicht zu erbringen: Nordtirol ist nicht viel größer; Trient hat auf der jungen Universität bereits 2.243 inskribierte Hörer; wie „lustig“ es an manchen überfüllten Universitäten zugeht, ist bekannt; eine Universität hätte nicht nur die Aufgabe, Akademiker auszubilden...

Zur Verstaatlichung der Universität Trient: Die „Freie Universität Trient“ soll zu Lasten des Staates weitergeführt werden; jedoch weiterhin autonom. Die Meinungen von Prodi und Grigoli stehen sich da nicht so diametral gegenüber, wie Stadlmayer behauptet.

Sie polemisiert auch gegen eine akademische Ausbildung von Volksschullehrern und Kindergärtnerinnen. Sie ist wohl nicht der Meinung, daß das Beherrschen des Binnalesins für Unterricht und Erziehung in der Volksschule und im Kindergarten genügt?

Ich stimme ganz damit überein, daß die Erfordernisse, die an den Südtiroler Lehrer und Beamten gestellt werden (z. B. Doppelsprachigkeit), „weder von einer italienischen noch von einer deutschen Universität allein gut gelöst werden“ können.

Ob hier die „in aller Stille (?) und auf pragmatische Weise in den letzten Jahren gesuchten neuen Wege“ (sprich SBZ) genügen, ist fraglich. — Hier soll keineswegs die Initiative und der Einsatz des SBZ geschmälert werden. Ich frage mich nur, ob es da nicht bessere Lösungen gäbe. Das ganze Gefasel um eine ständige Zusammenarbeit der Universitäten Padua und Innsbruck auf vertraglicher und paritätischer Basis ist immer mehr zu einem Scheinmandat geworden. Es scheint die offizielle Politik der SPV zu sein, um die inof-

fielle Politik zu vertuschen. (Schulassessor Zelger soll das Gegenteil beweisen, indem er die Kurse für Werkstudenten in Zusammenarbeit Padua—Innsbruck im kommenden Sommer sinnvoll weiterführt und die paritätische Verankerung, von der schon so lange gesprochen wird, realisiert.)

Wer das Chaos der universitären und paramuniversitären Einrichtungen in Südtirol kennt, der wird es verstehen können, wenn einige Leute fordern, die ganze universitäre Ausbildung für Südtiroler müsse studiert werden; der wird auch nicht von vornherein in einer SH-Studientagung schon eine ul-

timative Forderung nach einer Volluniversität sehen.

Frau Hofrat Stadlmayer möge wegen dieser Kritik nicht böse sein, sondern möge sich bald einmal einer öffentlichen Diskussion mit verantwortlichen Südtiroler Politikern und den „Bildungsplanern“ stellen. Da kann das Pro und Contra abgewogen werden.

Leserbriefe

Zur „Chile-Retrospektive“,
februar 1974, 19. Jg., Nummer 1,
S. 12-13

Die Unvollständigkeit wurde wohlwollend schon zu Beginn angekündigt. Nur: wenn ein Wiener Politologe, der meinem bescheidenen Einschätzungsvermögen zufolge zu den liberalen Linksinтеллектуellen zu zählen ist, eine „politische Groteske“ zu definieren versucht, sollte er sie ein nächstes Mai nicht wieder zu einer stilistischen Ausartung lassen. Als Politologin fällt es mir wirklich nicht schwer, solchen puzzleartig-mühsam zusammengestückelten Sätzen zu folgen. Aber — ist das notwendig — bei einem so bekannten Sachverhalt wie dem Chileereignis? Diese scheinbar gewaltsam wissenschaftlich getarnten „Aussagen“ reproduzieren doch nur, was im „Spiegel“, der „Zeit“ usw. jedermann schon zugänglich gemacht worden ist. Die Verbrännung allein ist eine andere.

Daß Politische Ökonomie nicht vereinfachter dargestellt werden kann, habe ich selbst erfahren. Aber, um banal zu werden, aus dieser „Not eine Tugend“ zu machen, gehört schon in die Sphären des „autistischen Solipsismus“ — schon mal was darüber gelesen?

Aus eigener Erfahrung klüger geworden, möchte ich zu der Gefahr selbstbestätigender Stützbungen folgenden gutgemeinten sozialistischen Ratschlag geben: es scheint mir sinnlos zu sein, sich am bloßen Stil einer Neusiss, eines Altwater oder Krahl zu orientie-

ren, wenn tiefinsigenes Wissen oder originelles Kombinationsvermögen noch nicht zur Genüge vorhanden sind.

Und schließlich: wer soll wen verstehen?

Linke (was darunter alles zu fallen beliebt, bleibt dem Leser überlassen), sind denn dort verarbeiteten Sachverhalt entsprechend informiert. Was darüber hinaus aktuell wäre, nämlich taktisch-organisatorische Schlußfolgerungen aus dem Scheitern der „chilenischen Experiments“ zu ziehen, wurde ausgespart. Bourgeoisem Beobachtern des „skofast“ hingegen kann man auf diese Weise marxistisch-orientierte Einschätzungsversuche schwerlich vermitteln. Die blöken da nämlich überhaupt nicht mehr durch. Wissenschaftliche Begriffe, sofern sie es sind, sollte man redlicher Weise klären, bevor man sie benützt, sich ihrer aber nicht bedienen, um den Eindruck eines etwas linken, aber immerhin sehr gescheiten Studenten zu erwecken.

Oktavia Brugger

Stellungnahme zum Artikel „Klassikimmel statt Praxisbezug“

Der Verfasserin des Artikels ist es nicht gelungen, für ein in gewissem Sinne berechtigtes Anliegen überzeugend einzutreten: wer so pauschal urteilt und an nichts ein gutes Haar läßt, verliert an Glaubwürdigkeit. Ihre scharfe Kritik an den einzelnen Unterrichts-

büchern ist völlig unsachlich, so daß es sich erübrigt, darüber ein Wort zu verlieren. Die Schülerin scheint der Ansicht zu sein, daß der Volksschullehrer auf jede Allgemeinbildung verzichten könne und seine Ausbildung nur praxisbezogen sein müsse. Sie macht die Lehrkräfte der Schule für alle Mißstände verantwortlich, ohne zu bedenken, wie schwierig Standpunkt gerade die Professoren der Höheren Schule in einer Zeit halbseitiger Reformen und Experimente einnehmen.

In ihrer Schwarz-Weiß-Malerei vermischt die Schülerin Wahres mit Falschem, so daß der Sachverhalt verzerrt wird.

Mit Recht verweist die Schülerin auf die Unzulänglichkeit der Lehrerausbildung. Seit vielen Jahren wartet man auf eine Reform, insbesondere auf eine Verlängerung der Schulzeit. Die jetzige vierjährige LBA steht vor der fast unlösbaren Aufgabe, das Ziel der Allgemeinbildung mit dem der Berufsausbildung zu vereinbaren. Besonders schwierig ist es, einen Methodiklehrer zu gewinnen, der bereit ist, sich für fünf Jahre an die LBA zu verpflichten, und dabei im Kauf nimmt, seinen Stammrollenplatz an der Volksschule zu verlieren.

Jeder Professor ist sich auch dessen bewußt, daß die derzeitigen Programme veraltet und reformbedürftig sind. Wenn die Schule heute trotzdem noch funktioniert, ist es das Verdienst der Lehrkräfte, die im Rahmen ihrer Lehrfreiheit das Bestmögliche aus den Programmen herauszuholen und den Unterricht modern und praxisbezogen zu gestalten versuchen.

Im Jahre 1970 stand eine Reform der Höheren Schule vor der Tür und daher haben die einzelnen Fachlehrer der LBA schon damals neue Programme im Hinblick auf eine fünfjährige Schulzeit erstellt und bei den Schulbehörden eingereicht. Diese Initiative ist leider im Sand verlaufen.

Da laut Pakt das Land auch Kompetenzen für die Abänderung der Programme an deutschen Schulen erhält, ist zu hoffen, daß diese Zuständigkeit vor allem für eine Reform der Lehrerbildungsanstalt genutzt wird.

Die Professoren
der 4. Klasse C der LBA

Auf Wunsch des Südtiroler Kulturinstitutes veröffentlichen wir folgende Mitteilung:

„Auf Veranlassung des Südtiroler Kulturinstitutes bringt das Tagblatt „DOIOMITEN“ seit dem 27. April 1974 unter der Überschrift „Unsere Sprache“ jeden Samstag auf einer der ersten Seiten einen Kurzaufsatz aus heraufener Feder, der zur besseren Pflege des Deutschen in allen Kreisen unserer Bevölkerung und bei unseren Behörden ermuntern soll.“

Alle Mitbürger, vor allem aber die Erzieher, werden herzlich gebeten, diesen Hinweisen die verdiente Beachtung zu schenken, sie aufmerksam zu lesen und im eigenen Wirkungsbereich mit Nachdruck anzuwenden und ihre Anwendung auch im Alltag durchzusetzen, um dem leider immer weiter fortschreitenden Sprachverfall nach bester Möglichkeit entgegenzuwirken.“

Zum Thema „Schülerrat“

Wenn man in diesen und jenen Beiträgen über die Funktion und den Arbeitsbereich eines Schülerrates unterrichtet wird, so fällt es offensichtlich ins Auge, wie hartnäckig er von manchen verteidigt wird und wie verbissen man für diese Torgeburt eine Rechtfertigung sucht.

Nach Meinung des Autors der SVP-Jugendbeilage in den „Dolomiten“ vom 27. Dezember 1973 soll der Schülerrat möglichst die „schwerwiegende Aufgabe übernehmen, Kontrolle über die Schulverwaltung auszuüben“, er soll als „Kampftruppe für die Belange der Schüler auftreten“, schließlich aber als Krönung im Sinne eines „Mitverantwortlichseins... die Welt der Schule in die harte Welt der Wirklichkeit integrieren.“ Doch man ist noch nicht am Ende: Legitimiert durch Wahlen erfüllt ein Schülerrat eine „gewerkschaftliche Funktion“ und gibt es, man möchte es nicht glauben, in einer „staatsbürgerlich-pädagogischen Aufgabe“.

Eigenartig erscheint es angesichts der Schwierigkeiten im gesamten Unterrichtswesen (und nicht nur in dem), wie beharrlich von überkritischen Gruppen an Scheinlösungen in der Art einer fiktiven Demokratisierung der Institution geglaubt wird. Das große Sandkastenspiel gliedert sich in vier Kompetenzen: Schülerrat, Professorenrat, Elternrat und als Synthese der vorigen einen Schulrat. Das ganze ergibt einen weiten Raum, vor dessen buntem, demokratischem Hintergrund Sitzungen zelebriert werden, vorwiegend Belangloses sich in Diskussionen rundet, Protokolle verlesen werden, sonstige Gedanken aber ein natürliches Ende finden, soweit sie sich mit dem Rahmen der Einrichtung nicht mehr decken.

Eine Delegation der Befugnisse von oben nach unten hat zugunsten eines Schülerrates in keiner Weise stattgefunden. Demnach wäre es unsinnig zu glauben, in Streitfällen, die keine Organisationsfragen sind, einen Machtfaktor darstellen zu können oder gar eine angestrebte Kontrolle über die Schulverwaltung ausüben zu können. Optimisten in der Sache kleben an der Meinung, das ihnen Gegebene sei ausbaufähig; aber hier dürfte der erste Schritt wohl auch der letzte wahre gewesen sein. Die Möglichkeit, daß etwaige Probleme im Unterrichtswesen Gründe haben, die an anderen Ufern zu suchen sind, dürfte sich in Kreisen überzeugter Schülerratsfunktionäre noch nicht herumgesprochen haben.

So blickte denn Werner Frick, kürzlich zum Schulreferenten der „jungen generation“ SVP avanciert, noch im März 1973 im SKOLAST recht freudig in eine demokratische Zukunft, wenn er sagt: „Der Aufbau des Gremiums ist recht vernünftig, die organisatorischen Möglichkeiten in ihm sind überraschend gut“ und weiters mahnt er

vor einer „vielverbreiteten, allgemeinen Unkontrolliertheit“, die einen ganz wesentlichen Faktor darstellt und überspannte Erwartungen provoziert. Tatsächlich lösten sich in einigen Fällen Schülerräte auf und wurden durch Schülervollversammlungen ersetzt. Durch Fehlschläge belehrt (so die Reaktion eines Artikels in den „Dolomiten“ vom 7. März, Seite 4) sollte man dann doch wieder im stillen Wasser eines Schülerrates fahren. Der Gedanke ist nicht abwegig, wenn man sich einigt, unter Schülerrat ein vorwiegend organisatorisches Komitee zu verstehen (Ausflüge, Sporttage, Veranstaltungen). Wo aber hochtrabende Leerformeln, die jeder inhaltlichen Realität entbehren, von Gruppen als Motiv und Legitimationsgrund im Verhältnis „Schüler und Mitbestimmung in der Schule“ angewandt werden, scheint es im Sinne der Anglegenheit zu liegen, sich entweder von jenen Gruppen zu distanzieren, wenn man sich nicht mit Irrtümern identifizieren will, oder markanten Vertretern in der Sache nahezu legen, sich ein anderes Betätigungsfeld anzuzeigen.

Ein letztes soll noch gesagt werden. Ich glaube, es ist ein unzutreffendes Urteil, wenn Kollege Werner Frick zwei „Schülertypen“ gegenüberstellt: einen „Idealtyp (der nach seinen Worten)... aber auf freier Wildbahn äußerst selten vorkommt... kein Mitläufer ist... und auch die richtige Form für seine

Aktivität sucht“, und einen zweiten, offenbar der Mehrheit angehörigen Schüler, der sich um „nichts kümmert“, der „Angst hat, sich zu exponieren“ oder gar „arbeitscheu“ ist.

Wäre es denn nicht möglich, daß der Grund für ein Unbehagen in der Schule in vollkommen anderen Bereichen liegt und in anderen Dimensionen zu messen ist als mit denen aus der Prospektive eines Schülerrates? Wäre es nicht möglich, daß manche die Nutzlosigkeit des Schülerrates in diesem Sinn erkannt haben?

Wenn ein Fahrzeug defekt ist, repariert man üblicherweise das Fahrzeug und nicht den Fahrer. Wenn es in der Schule fehlt, dann gilt es, dort die Ursache am Grund zu beheben und nicht die Studenten in bössartiger Unterstellung für das Nicht-Funktionieren einer Halb-Weg-Lösung verantwortlich zu machen. (Frick: „... sie reiben dahin, fliehen den Problemen, lassen offene Fragen einfach offen... wälzt sich unschuldig... hat eine Ausrede“). Was den engeren Schulbereich angeht, hat sich in vielen Fällen ein relativ problemloser Dialog nach Bedarf zwischen Professoren und Studenten eingebürgert, der zwar nicht die bunte Demokratieassade Professorenrat, Elternrat, Schülerrat, Schulrat besitzt bezüglich Kommunikation dennoch sicher nicht weniger als dieser leistet.

Thomas Menghin

Wehrdienstverweigerung in der Praxis

Das Zivildienstgesetz

Als einer der letzten zivilisierten Staaten besitzt auch Italien seit Dezember 1972 eine gesetzliche Regelung der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Da der jahrzehntelange opferreiche Kampf seitens der Kriegsdienstverweigerer und der Inhalt dieses Gesetzes bereits ausführlich behandelt wurden (Schweiggl: Kriegsdienstverweigerung in Italien, SKOLAST 1/1973), seien hier nur ganz kurz die wichtigsten Bestimmungen in Erinnerung gebracht: Verweigerung des Wehrdienstgebrauchs nur aus religiösen, philosophischen oder moralischen Gründen, Einreichung des Gesuchs innerhalb 60 Tagen nach Kundmachung des Musterungsbefehls des betreffenden Jahrganges bzw. im Jahre vor Ablauf eines eventuellen Aufschubs; Prüfung durch die vom Verteidigungsministerium er-

nannte Gewissenskommission; um acht Monate verlängerte Dienstzeit bei Organisationen im Bereiche der Fürsorge, Krankenhilfe, Zivilschutz, Unterricht, Naturschutz und Forstwesen.

Wegen der zahlreichen Diskriminierungen, Erschwernisse und der umfangreichen Kompetenzen des Verteidigungsministeriums wird dieses Zivildienstgesetz von vielen als Augenwischerei bezeichnet. Mehrere Bestimmungen und Durchführungspraktiken stehen nach Meinung von Rechtsexperten im Geruch der Verfassungswidrigkeit, alle diesbezüglichen Eingaben wurden jedoch von den zuständigen Militärgerichten abgewiesen.

Die „Lega degli obiettori di coscienza“

Um ihre Rechte und Interessen wirksam vertreten zu können, gründeten

die Wehrdienstverweigerer zu Beginn des vergangenen Jahres auf Initiative des Partito Radicale (in NO-Italien, Partito Radicale delle Venezie e del Sud-tirolo mit Sitz in Triest) die „Lega degli obiettori di coscienza“ (LOC). Zahlreiche Einzelmitglieder und ein breites Spektrum antimilitaristischer und pazifistischer Organisationen aus verschiedenen politischen und religiösen Lagern bilden heute die LOC.

Neben der Propagierung der Gewaltlosigkeit und des Antimilitarismus unterstützt die LOC die Wehrdienstverweigerung durch Informationsleistung und allfälligen Rechtsbeistand, kämpft für den Abbau der Diskriminierungen der Zivildienstleistenden für eine Verbesserung des Gesetzes, gegen die Einflußnahme des Militärs in Zivildienstangelegenheiten, für die Errichtung einer autonomen Zivildienstorganisation.

Die Vorgangsweise bei der Verweigerung

Innerhalb der vom Gesetz bestimmten Fristen muß beim Distretto Militare das Gesuch um Zulassung zum Zivildienst eingereicht werden. Die Anwälte der LOC haben dafür ein Muster-gesuch (siehe weiter unten) ausgearbeitet, das bereits von zahlreichen Verweigerern benützt wurde. Neben dem im Gesetz enthaltenen Formulierung geht es auch auf die unstrittigen Stellen desselben ein, streift Ansätze poli-

fischer Motivierung und gibt die Hand-habe für einen allfälligen Rekurs.

In den allermeisten Fällen wird daraufhin der Antragsteller ohne Vor-ladung vor die Gewissenskommission vom Militärdienst befreit und dem Zi-vildienst zugeteilt. Nur in jenen Fällen, in denen die Auskünfte der Carabinieri oder Gerichte den guten Leumund oder pazifistischen Lebenswandel in Zweifel stellten, kam es zu einer Gewissensprü-fung.

Mit ungemein reichhaltigen Fragen wie u.a.: „Hast du als Kind mit Spiel-zugzeugen oder Zinnsoldaten gespielt?“ „Würdest du die Jagd oder Unterwas-ser-scherei ausüben?“ werden von der höchsten Kommission (Mitglieder je ein Kassationsrichter, General, Univer-sitätsprofessor aus Rechtsphilosophie, Psychologieexperte, Generalstaats-anwalt) die „profondi convincimenti religiosi o filosofici o morali professati dal soggetto“ (Gesetzestext) ergründet. Erwartungsgemäß muß natürlich auch die „vecchiezza“, die gerade von einem Gewalttäter angegriffen wird oder die Mutter, die vor den Augen des Pazi-fisten ermordet wird, herhalten.

Kein Wunder, daß die Entscheidungen der Kommission vielfach unstrit-ten sind, wenn die geforderte pazifisti-sche „concezione generale della vita“ (Gesetzestext) in der Verweigerung von Zinnsoldaten oder der Unterwas-ser-scherei bestehen soll oder vom Verhalten angesichts strangulierter

Mütter abhängt sein soll. Abschlägige Entscheidungen können beim Staatsrat angefochten werden, was auch den Vorzug hat, daß der Antrag erstmals in die Hände einer zivilen Stelle kommt.

Der Zivile Alternativdienst

Bis zur vom Gesetz vorgesehenen Errichtung der Nationalen Zivildienstor-ganisation erfolgt die Einweisung durch das Verteidigungsministerium. Bisher wurden dabei fast ausschließ-lich die Berufswehr und das Forst-korps bedacht, also paramilitärisch or-ganierte Verbände, die angesichts der hohen ethisch-moralischen Anforderun-gen, die an den Wehrdienstverweigerer gestellt werden, sicher nicht das Ideal eines Friedensdienstes darstellen. Aber auch als Hilffschreibkraft oder Lei-chenfahrer in einem Krankenhaus ist es schwierig, ein befriedigendes per-sönliches Engagement am Nächsten zu praktizieren.

Deshalb haben manche anerkannte Verweigerer auf eigene Faust einen ko-stenlosen Sozialdienst bei gemeinnüt-zigen Körperschaften (Altenbetreuung, Resozialisierung von Jugendlichen, Krankenanstalten, usw.) angetreten, in der Hoffnung, daß dieser später als Zi-vildienst anerkannt wird.

In diesem Zusammenhang sei er-wähnt, daß öffentliche und private ge-meinnützige Körperschaften an das Verteidigungsministerium Gesuche um Zuweisung von Zivildienstern richten können. Da auch die Unterkunft- und Verpflegungskosten ersetzt werden, ent-stehen aus der Beschäftigung von Zi-vildienstern keinerlei wie immer gearte-Auslagen. Es wäre wünschenswert, daß auch in unserem Lande vielseitige Einsatzmöglichkeiten für Südtiroler Wehrdienstverweigerer geschaffen werden, damit diese sich auch in ihrer Hei-mat zum Wohle der Allgemeinheit und speziell für die benachteiligten Mitmen-schen nach Kräften einsetzen können.

Informationen

Amtsblatt der Republik vom 18.12.1972, Gesetz Nr. 772: Norme per il ri-conoscimento della obiezione di co-scienza.

Die Auskünfte, die vom dazu beauf-tragten Distretto Militare erteilt wer-den, sind leider äußers. dürftig.

Umfangreiches Informationsmaterial liegt im Sekretariat der Südtiroler Hochschüler-schaft zur Einsichtnahme auf.

Um Zusendung von Informationsma-terial, Auskünfte und allfällige Rechts-beratung kann man sich auch wenden an die: Lega degli obiettori di coscien-za, (LOC), Via Torre Argentina 18, 00186 Roma.

Nächst gelegene Lokalorganisations- und Kontaktstellen:

LOC, c/o Michele Valentini, Via Natio-nale 150, 38010 Ralle/Val di Non;

LOC, c/o Paolo Vitti, Via Venete 19, 38100 Trento.

Martin Schweiggl

Al Ministero della difesa

Io sottoscritto... nato a... il... residente a... in Via... chiedo di prestare il servizio civile alternativo a quello militare, come previsto dalla legge 15 dicembre 1972, n. 772.

Dichiaro non solo di essere contrario, in linea di principio e per imprescindibili motivi di coscienza, all'uso personale delle armi, in ogni circostanza, ma ancor più al loro uso organizzato, istituzionalizzato, collettivo e legale, in qualsiasi conflitto, civile o internazionale e con qualsiasi occasione o pretesto, che si chiami: Impero o Repubblica, difesa o conquista.

La violenza delle istituzioni mi appare più grave di quella delle persone, che pure condanno, quella degli eserciti, di tutte la più inaccettabile, perché estrema e irrimediabile nella sua destinazione, antidemocratica e terribile più di ogni altra per la sua struttura.

Dichiaro inoltre che la mia concezione generale della vita, che i miei convincimenti, religiosi o filosofici o morali, qualsiasi sia il loro grado di "profondità", e quali che essi siano, non riguardano né istituzioni, né organizzazioni, né istituzioni di sorta. Sono io l'unico responsabile e giudice delle possibilità e dell'opportunità di esprimermi come di scegliere gli interlocutori che voglio per i miei dialoghi umani.

Lo stato, per la sua stessa ideologia e per la sua stessa Costituzione, può solamente vagliare e giudicare i miei comportamenti eventualmente delittuosi; non i miei pensieri, la mia coscienza, contro la mia volontà.

Ed è sempre a chi è disposto ad imparare ad uccidere ed a essere ucciso, a chi pretende di incensarglielo, che dovrebbe essere chiesto quali mai siano i loro "profondi", convincenti morali, religiosi, filosofici. Comunque, non a noi, anche perché non lo consentiamo.

Non solo come obiettore di coscienza antimilitarista non voluto quale sono e mi professo, ma come cittadino democratico rifiuto la pretesa di configurare gli ideali e le convinzioni politiche al di fuori della coscienza, nelle sue dimensioni morali, filosofiche, religiose.

Chiedo dunque, in conformità alla Costituzione, alla Convenzione Europea dei Diritti dell'uomo, alla legge, di svolgere un servizio civile alternativo a quello militare dichiarandomi obiettore di coscienza e professando con forza il carattere pienamente politico della mia obiezione, proprio per le necessarie, indubitabili premesse, implicazioni e conseguenze morali che ciò comporta e prova.

Dichiaro che il mio servizio civile non potrà essere utilizzato a fini di lucro, sostituivo del lavoro disponibile secondo gli elenchi appresiati presso gli uffici regionali e provinciali del lavoro e della massima occupazione; sostitutivo del lavoro di coloro che siano esercitando il diritto di sciopero; consistente in attività che abbiano relazione con la preparazione bellica.

Dichiaro inoltre di non essere titolare di licenze o autorizzazioni relative alle armi indiane, rispettivamente, negli articoli 28 e 36 del testo unico della legge di pubblica sicurezza e di non essere stato condannato per detenzione o porto abusivo di armi.

Intendo prestare servizio civile presso... (indicare, se possibile, il settore o meglio l'istituto o comunità).

RAI-TV - Sender Bozen

Stellungnahmen von Parteien und Gewerkschaften zum Thema: „lokales Fernsehen — wohin?“

In der Zeit zwischen dem 16. Jänner und dem 1. März hat der Arbeitskreis Massenmedien versucht, in Zusammenarbeit mit der Südtiroler Hochschüler-schaft eine öffentliche Forumsdiskussion zum Thema „lokales Fernsehen — wohin?“ zu veranstalten. Dabei gingen wir vor allem davon aus, daß der gewählte Zeitpunkt aufgrund der gesetzlichen Regelung des Empfanges der ausländischen Programme günstig für eine programmatische Diskussion über die Möglichkeiten zur Entwicklung des massenmedialen Fernsehens auf lokaler Ebene sein konnte.

Mit Briefen vom 17. Jänner haben wir Dr. Anton Zeiger (Assessor für Schule und Kultur, zuständig für Fragen des Fernsehens)

Erta Sorzini (Chefredaktor der RAI Sender Bozen, Sitz Bozen)

Dr. Franz von Walthor (Chefredaktor der RAI - Sender Bozen, Sitz Rom)

Dr. Hermann Eichbichler (Vorsitzender des Arbeitskreises Rundfunk und Fernsehen im Südtiroler Kulturinstitut)

mit einem Kurierdienst die Forumsdiskussion einzuleiten und sich der Diskussion zu stellen.

Die Zuständigkeit dieser persönlich geleiteten Fragen der Gestaltung des lokalen Fernsehprogramms (in seiner Gesamtheit) war für uns die notwendige Grundlage für konkrete und relevante Aussagen.

Während der Assessor für Schule und Kultur, Dr. Anton Zeiger, sich grundsätzlich bereit erklärte, an der Diskussion teilzunehmen, ja sogar seine interessante Bekundete (gleichzeitig aber mehrmals um eine Verschiebung des Termins bat — „Ich möchte vorher die Entscheidungen aus Rom bezüglich der Frequenzverteilung abwarten, weil diese Entscheidung mit ausschlaggebend für die Beurteilung des lokalen Fernsehens ist“), gab Herr Fritz Sorzini seine sofortige Zusage, knüpfte diese aber schließlich an eine Beteiligung von Dr. von Walthor.

Dieser wiederum erklärte sich noch bereit, an der Diskussion teilzunehmen (telefonische Absage: „Ich komme nur zur Ferienzeit nach Bozen“ — d. h.). Dafür konnte Dr. Josef Ties als Vertreter der „römischen Abteilung“ gewonnen werden. Die Antwort von Dr. Eichbichler ließ ziemlich lange auf sich warten, war wohl hauptsächlich auf den mangelnden entscheidungswilligen innerhalb des Südtiroler Kulturinstitutes zurückzuführen war.

Als ich nach diesen Vorbereitungen in der Zeit um den 1. März eine ultimative Zusage von Ass. Zeiger erbat, ließ dieser durch seine Sekretaria wissen, daß er darum bitte

- a) den Termin weiter zu verschieben u.
- b) das Projekt nicht fallenzulassen, da er an einer öffentlichen Diskussion

zum Problem Fernsehen interessiert sei.

Das Gelingen und vor allem der effektive Wert dieser Veranstaltung hing von der Zusage des Assessors ab. Deshalb haben wir den Termin verschoben (sozusagen auf unbestimmte Zeit, da die Frequenzteilung durch das Postamtverbot in Rom nicht verbindlich gebunden ist).

Ausgangsbasis für eine demokratische Gestaltung des Fernsehens ist eine möglichst breite Information und Beteiligung der Bevölkerung bei der Erstellung der grundlegenden und richtlinien für die zukünftige Gestaltung. Deshalb haben wir (mit Briefen vom 17. Jänner) alle Parteien und Gewerkschaften um schriftliche Stellungnahmen zum Thema „lokales Fernsehen — wohin?“ ersucht. Diese Stellungnahmen sollten hektografiert werden und vor der Diskussion verteilt werden (Überraschend erachtete es nicht möglich, noch mehr referenten einzuladen, ohne den Charakter einer Konsultation zu zerstören).

Wir veröffentlichen hier die kennzeichnendsten Ausschnitte aus diesen Stellungnahmen (in der Reihenfolge ihres Eintreffens), um damit eine Vergleichsmöglichkeit, aber auch eine Ausgangsbasis für die sicherlich zu erwartende neue und unstrukturierte des lokalen Fernsehens zu geben.

Kurt Pardieller
Auszüge aus den Stellungnahmen der Parteien und Gewerkschaften

KPI

Was die lokalen Fernsehsendungen betrifft, so soll zunächst bemerkt werden, daß die ausgestrahlten Programme vielfach sehr mangelhaft waren und größtenteils den lokalen Problemen und der Realität in Südtirol zu wenig Rechnung tragen und politisch zu oberflächlich ausgerichtet waren. Wir sind uns allerdings auch bewußt, daß für eine optimale Programmgestaltung zum Teil auch der Mangel an qualifizierten Kräften, an technischer und organisatorischer Voraussetzungen ein Hindernis darstellen. Trotz dieser Mängel sind wir aber der Ansicht, daß die lokalen Fernsehsendungen jedenfalls auch in Zukunft beibehalten werden müssen.

Die Bedeutung des lokalen Fernsehens besteht gerade darin, über örtliche Probleme politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art zu informieren, das örtliche Kulturleben, und zwar die spezifische Kultur unseres Landes zu fördern, und diese Rolle kann sicher nicht von Sendungen aus dem Ausland übernommen werden.

Es soll eine Programmgestaltung folgen, die der Situation in Südtirol Rechnung trägt und die gesamte soziale und politische Wirklichkeit zum Ausdruck bringt, d.h. es sollen alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte und ihre Vertretungen, von kulturellen bis

zu politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verbänden (z. B. Schule, Gewerkschaften, Parteien, Wirtschafts- und Kulturverbände usw.) zu Wort kommen.

Als wichtigste Voraussetzung für eine positive Funktion des lokalen Fernsehens sehen wir eine weitestgehende Demokratisierung des Fernsehens an. Die Kontrolle muß vom Landtag und nicht von der Landesregierung ausgeübt werden.

Bei Abwägen aller Vor- und Nachteile halten wir es für richtig, daß alle im Landtag vertretenen politischen Kräfte demokratischer Ausrichtung, die sich für die Belange der Autonomie in Südtirol einsetzen, vertreten sein sollten, damit ein Beitrag geleistet werde, um die vorhandenen Schwierigkeiten unter den Sprachgruppen zu überwinden und sie mit den verschiedenen Problemen und Aufgabenbereichen vertraut und mitwirkend zu machen.

FEDI

La provincia di Bolzano e i suoi programmi in lingua tedesca — una volta salvaguardata, come è stata salvaguardata, le loro intensificazioni — non possono fare eccezione rispetto a quanto si auspica nel resto del Paese per quanto riguarda l'impiego del mezzo radiotelevisivo.

Qui come altrove devono essere poste alcune ben precise condizioni di rinnovamento generale del sistema. Citiamo le principali: 1) Liberalizzazione democratica del diritto di accesso al mezzo televisivo privilegiando le forze più autentiche e democratiche che operano in campo politico, culturale, sociale, religioso, scientifico, letterario; 2) Reale possibilità di incidenza per le forze nella scelta e nella impostazione dei programmi; 3) Controllo di tipo parlamentare del mezzo radiotelevisivo sottraendo il mezzo stesso al controllo dell'esecutivo e di determinati gruppi di potere; 4) Inizio del mezzo radiotelevisivo ai fini di una effettiva incidenza sull'opinione pubblica in termini di progresso, mediante contributi di tipo pluralistico, in un rapporto di effettiva dialettica delle idee e opinioni.

Sul piano strettamente locale sembra inevitabile proporre una generale coibitazione dei programmi sul piano dei contenuti, riducendo progressivamente — fatto salvo il fine anche ricreativo — che la televisione persegue — programmi di pura evasione o di pura esaltazione degli aspetti più superficiali e folcloristici della realtà provinciale.

Ogni discorso va ricondotto alle linee della futura e auspicata riforma della RAI, la quale, nelle sue proposte più attendibili — tiene in massimo conto il ruolo delle realtà regionali. In altre parole è legittimo e corretto proporre, a livello politico, l'avvio in provincia di Bolzano (o se preferiamo, a livello re-

gionale o interregionale) di un **aspettamento di telegiornale regionale in lingua italiana** che l'ormai potrebbe avvalersi dell'esperienza - pilota effettuata in questi anni col telegiornale in lingua tedesca e quindi costituire una buona sperimentazione, in vista di una futura estensione a tutto il resto del paese di questo tipo di servizio.

FFP

Die Fernsehinformation ist gegenwärtig völlig unzureichend. Sie wird durch das in wichtigsten Belangen versagende Regime der herrschenden Parteien allzustark zu den eigenen Gunsten kontrolliert und manipuliert. Das Volk darf am Fernsehen — wie im Kino und in der minderwertigen Literatur — vor allem seine Urinstinkte des Sex und der Gewaltanwendung abragieren. Die wesentlichen Gegebenheiten und Probleme **politisch-ideologischer, wirtschaftlicher, psychologischer, medizinisch-hygienischer, moralischer und kultureller Natur** kommen jedoch kaum grundsätzlich und kritisch zur Darstellung, da dies dem Anschein, also der Machterstärkung der herrschenden Parteien und Regierungen, die vor diesen Problemen immer wieder kläglich versagen, allzu sehr schaden würde. (Man denke etwa an die Probleme, welche die gegenwärtige Entwicklung der Menschheit aufwirft, an den Niedergang Europas, an die Friedenssicherung, die Überlebensfähigkeit des Systems der absolut souveränen Nationalstaaten, die Bevölkerungsexplosion, den Umweltschutz, die sozialen Ungerechtigkeiten und die deshalb erforderliche gesellschaftliche Neuordnung, das zunehmende Gaugster- und Verbrechertum, die Korruptionsskandale, die Bildungsprobleme usw.).

So werden, wie Meinungsumfragen zeigen, die Eliten der Fernsehmanager und Politiker, welche letztlich über die Programme entscheiden, von den einfachen Fernsehschaubenden ersucht, sie nicht allzusehr als un-mündige „Masse“ zu behandeln!

ASGR

Der Nachrichtendienst des lokalen Fernsehens sollte dem Nachrichtendienst in den beiden italienischen Programmen gleichgestellt werden. Außerdem sollte — so wie bisher — über die wichtigsten Ereignisse in Südtirol berichtet werden.

Zusätzlich sollten **periodisch zusammenfassende Berichte über die wichtigsten Ereignisse und politischen Entscheidungen und Probleme** insbesondere in Italien, in der Region Trentino-Südtirol und in den anderen Staaten (vor allem Schweiz, Österreich, Deutschland) gesendet werden.

Begrüßenswert wäre eine **Reihensendung über die wirtschaftliche, soziale, infrastrukturelle und kulturelle Situation und Entwicklung** in den Gemeinden Südtirols, wo anhand von Interviews die Prognosen über die nächste Zukunft gestellt werden.

Im Programm des lokalen Fernsehens sollten objektive Berichte über

die Tätigkeit und Programme der einzelnen Ämter der Gemeinden, der Landesverwaltung, der Region, des Staates und anderer „**öffentlicher Körperschaften**“ (Wildbeschverhaltung, Landes- und Staatsstraßenbau, Krankenhausbau, Umweltschutz, Landesentwicklungsplan, Müllverbrennungsanlagenbau usw.) einen ständigen Platz einnehmen.

Die Berichterstattung sollte auf jeden Fall **objektiv** sein.

Das lokale Fernsehen wäre ein gutes Instrument zur detaillierten **Information der Südtiroler über die in Südtirol anstehenden Probleme**. Außerdem sollte versucht werden, **Reihensendungen** einzubauen, die sich mit Fragen der Bildung und Weiterbildung befassen, um auf diese Art den bildungswilligen Südtirolern ein brauchbares Instrument zur notwendigen Weiterbildung zu liefern.

Zusammenfassend möchten wir die Meinung vertreten, daß das lokale Fernsehen der Akzent von den Unterhaltungs- und Informations- zu **Bildungsendungen** verschoben sollte.

SVP

Das deutsche Fernsehprogramm der RAI soll trotz der aufgrund der Durchführungsvorgaben erzwungenen Übernahme des deutschen Fernsehens aus den deutschsprachigen Gebieten beibehalten werden, denn dieses deutschsprachige Fernsehprogramm der RAI hat eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Es soll als **lokales Fernsehen** ausgebaut werden, das **mehr Raum als bisher den lokalen Ereignissen widmet**. Im besonderen soll es mit Programmen gespeist werden, die **Bildungsfragen** betreffen, wobei wohl in erster Linie Sendungen, die den „**Zweiten Bildungsweg**“ betreffen, hervorgehoben werden sollen. Schließlich soll das Gebiet der **Schüler-sendungen** erweitert werden.

Andererseits sollen Spielfilme, die bisher vom deutschen Fernsehen der RAI in Österreich oder Deutschland angekauft und gesendet wurden, wegfallen, weil diese Spielfilme ja direkt über ORF, ZDF empfangen werden können.

(Leider fehlt eine etwas detaillierte Stellungnahme der SVP, da der assessor für Schule und Kultur in seinem Referat gleichzeitig seine partei hätte vertreten sollen. Interessant erschien dabei vor allem die Einstellung der SVP zur Frage der demokratischen Gestaltung des Fernsehens.)

PSI

Da un lato i programmi della RAI-TV, destinati alla provincia di Bolzano, non dovranno più cimentarsi nel compito veramente impossibile di fornire un equivalente di un servizio regolare e quindi potranno comprendere soltanto **informazioni riguardanti l'area nazionale e provinciale senza escludere le implicazioni di carattere interregionale e internazionale** (si pensi per esempio alla prospettiva di una collaborazione sempre più intensa tra le regioni alpine), dall'altro potranno meglio

articolarsi secondo le esigenze degli utenti della provincia sia sotto il profilo espressivo (contributi originali della cultura nella provincia che non è necessariamente „provinciale“).

La nuova situazione consente però di ipotizzare accanto a trasmissioni in lingua tedesca **trasmissioni in lingua italiana e ladina proporzionate alla consistenza dei gruppi linguistici** e facendo conto delle alternative disponibili (per i ladini non si può tenere conto soltanto della proporzionalità).

In questa prospettiva si presenta il problema dell'uso democratico del mezzo televisivo che non deve essere monopolio di una sola forza politica o di un gruppo di partiti al potere, né deve essere utilizzato da gruppi ristretti che di fatto controllano la vita culturale locale.

SPS

Die Sozialdemokratische Partei Südtirols hat immer wieder seit ihrer Gründung mit größtem Nachdruck die **Gründung einer von Rom unabhängigen lokalen Radio- und Fernsehanstalt** verlangt und diese Forderung auch in ihrem Wahlprogramm für die Landtagswahlen besonders unterstrichen. Ein richtiges lokales Fernsehen muß sich mit seinen Sendungen (Informationen, Diskussionen, Unterhaltung, Bildung, Sport usw.) hauptsächlich auf unser Land konzentrieren, wenn es mit den ausländ. Sendungen konkurrieren will.

Ein gutes lokales Fernsehen kann gerade in unserem Lande ein entscheidender Faktor für den **demokratischen Fortschritt** werden. Das Pressemonopol der „Dolomiten“, das sicher viel zur politischen Immobilität unserer Bevölkerung beigetragen hat, kann wohl kaum in absehbarer Zeit durchbrochen werden.

Die SPS fordert deshalb eine von Rom unabhängige lokale Radio- und Fernsehanstalt mit einem Aufsichtsrat, in welchem alle bedeutenden gesellschaftlichen Kräfte des Landes vertreten sind. Möglichkeiten einer **Mitgestaltung des Programmes** müssen geschaffen und erprobt werden, wobei diese Möglichkeit vor allem organisierten Gruppen eingeräumt werden soll.

Das Statt der Rundfunk- und Fernsehanstalt muß den Journalisten und den anderen Mitarbeitern die Möglichkeit bieten, eine ihrem Berufsethos entsprechende Arbeit zu leisten, was heute wohl kaum zutrifft. Abstriche in der Bild- und Tonqualität können hingenommen werden, wenn dadurch eine größere Aktualität, die Mitarbeit von Laien und die Begrenzung des finanziellen Aufwands ermöglicht wird. Deshalb wird sich der konsequente Einsatz modernster technischer Mittel lohnen, da sie die gerade genannten Ansprüche erfüllen.

SFP

Es wäre falsch und ungerecht, würde man hier nur das lokale Fernsehen behandeln, denn die Situation dieses Mediums in unserer Provinz ist

ein Teilaspekt und die Folge eines Systems, das in Rom erfunden und errichtet und von dort aus gelenkt wird. Die RAI hat das Monopol der Fernseh- und Rundfunksendungen im gesamten Staatsgebiet. Die RAI ist aber de facto eine Emanation jener Partei, die sich seit 1946 mit der Partei identifiziert, der DC.

Die RAI behandelt die italienische Öffentlichkeit, in deren Diensten sie stehen sollte, nicht als eine Vielfalt von mündigen Menschen, sondern als eine Art Kindergärten oder eine Ansammlung von geistig Labilen und Schwachmünnigen, denen man die Wirklichkeit des Lebens nicht vermitteln kann. Die RAI sollte an ihrem Programm gewissermaßen der Spiegel der italienischen Realität sein, in dem sich die Gesellschaft wiedererkennt. Das ist sie entschieden nicht. Was auf den Bildschirmen der RAI erscheint, ist filtert, deformiert, sterilisiert und jedenfalls absolut onecht.

Was für die italienische Gesamtsituation gesagt worden ist, gilt auch für Südtirol, wobei noch hinzugefügt werden muß, daß hier neben der DC die

SVP als Schwesterpartei mitbestimmt. Am Endresultat ändert sich kaum etwas. Unser lokales Fernsehen hätte die einzige sinnvolle und konkrete Aufgabe, etwas von der Südtiroler Realität zu bringen, eine lebendige Darstellung vom politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben der Minderheit zu vermitteln. Gerade diese Aufgabe erfüllt das lokale Fernsehen nicht, ja es meidet sie tonlichst, wobei die Schuld weniger an den Akteuren als am System liegt. Angefangen von der Sprache, die einer Art von geschwollenem Hochdeutsch entspricht, ist auch hier alles onecht und unglaubwürdig. Von den Nachrichten lohnt es sich gar nicht zu reden, sie verdienen nicht diese Bezeichnung, aber auch die Unterhaltungsendungen haben meist keinen Bezug mit Südtirol. Wenn etwas Lokales auf diesem Sektor gebracht wird, so ist es meist eine Karikatur des Proletariats und keine Darstellung der Wahrheit.

PRÜFUNG

Die Verwirklichung der Reform sollte laut der Republikanischen Partei,

nach bestimmten Regeln aufgebaut sein:

- Das Fernsehen sollte demokratisch geführt werden und sich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung richten, so daß es nicht mehr — wie es noch heute der Fall ist — eine direkte und ausschließliche Ausstrahlung der Landes- oder Nationalregierung ist.
- Die Informationsquellen müssen vielfach und alternativ sein, was von besonderer Wichtigkeit ist.
- Im übrigen soll das Radio- und Fernsehwesen ökonomisch und effizient sein.
- Im besonderen unterstreichen die Republikaner, daß es zweckmäßig wäre, sich bei der Inhaltsgestaltung der deutschsprachigen Fernsehprogramme auch an die italienischen, ladinischen und doppel-sprachigen Bürger zu richten. Dies bedeutet eine Mitwirkung in den Kontroll-Institutionen aller lokalen sprachlichen Minderheiten, um das gegenseitige Verständnis und echte Zusammenleben in Südtirol zu fördern.

SH-Information

Studententeil

1. Dr. Heilmuth Ladurner ist als Sachbearbeiter in Studententeilangelegenheiten zurückgetreten. Dafür wurde Dr. Josef Morin im Assessorat für Schule und Kultur damit betraut. (Die SH hat den Assessor Zelger Walter Tappeiner vorgeschlagen).

2. Abkommen München-Padua hängt noch immer in der Luft. Der Bayrische Kultusminister Mader erklärte, es läßt in die Kompetenz des Bundes, während Dr. Schäfer von der Ständigen Kultusministerkonferenz erklärt hatte, die Länder seien zuständig. Der Studentenfürsprecher Peer hat eine diesbezügliche Anfrage an das Bundeswissenschaftsministerium gerichtet.

3. Bewertung der Noten der österreichischen Studiendiplome im italienischen Punktesystem. Der ASM hat diesbezüglich einen Verbesserungsvorschlag eingebracht. Nach Intervention der SH und von Ass. Zelger in Wien soll nun dies zwischen Österreich und Italien neu verhandelt werden.

Stipendien

1. Dissertantenbeihilfe: 19 Gesuche wurden eingereicht, 10 konnten, wie vorgesehen, berücksichtigt werden. Die Gesuche wurden vom Südtiroler Kulturinstitut und von der Südtiroler Hochschülerschaft überprüft und der Sparkasse der Provinz Bozen weitergeleitet. Verteilung: 13. Mai. Fürs kommende Jahr sollen weitere Geldinstitute um eine Spende für Dissertanten angegangen werden. Hier sei dem Verwaltungsrat der Sparkasse der Provinz

Bozen im Namen der Südtiroler Hochschüler für diese erste Hilfe gedankt!

2. „Presalarie“ fürs Ausland (vgl. SKOLAST 1/1974, S. 18; dort wurde vom Gespräch mit Abg. Mittendorfer berichtet). Der Ausschuß der SH hat nun an Ass. Zelger, an Abg. Mittendorfer und Ass. Benedikter (dem letztgenannten für eine Intervention in der Sechserkommission) einen Vorschlag unterbreitet, der für die Durchführungsbestimmungen zur Realisierung des „Presalarie“ die (Maximal-)Forderung unsererseits in Rom beinhaltet. Dieser Vorschlag wurde ferner noch an die italienische Botschaft in Wien geschickt.

Hier der Vorschlag:

1. a) Italien sticht der Provinz Bozen jährlich in einer pauschalen Zuweisung den Stipendienfond proportional der Südtiroler Studenten im Ausland zur Studentenzahl des gesamten Staates.

b) Die Provinz Bozen führt zu diesem Zweck eine eigene Statistik.

2. Das Assessorat für Schule und Kultur arbeitet den Modus der Verteilung aus, der die jeweiligen Bestimmungen in Italien sowie die Bedingungen und Modalitäten im Ausland berücksichtigt. — Als Modell kann die Vorgangsweise des SKI dienen.

3. a) Die Landesregierung (Assessorat für Schule und Kultur) errichtet eine eigene Kommission zur Überprüfung und Verteilung der Stipendien für die Hochschulstudien im Ausland.

b) In dieser Kommission müssen auch die Studenten vertreten sein.

c) Jede Universitätsstadt mit mehr als 40 Stipendienbewerbern entsendet einen eigenen Vertreter, der von den Studenten selbst gewählt wird.

4. Dieser vom Staat gewährte Stipendienfond ist durch öffentliche (nicht-staatliche) und durch private Gelder aufstockbar.

5. Sobald alle Stipendien in die Kompetenz der Provinzen fallen, wird parallel zu dieser Kommission eine zweite errichtet, die vom Assessorat für Schule und Kultur mit der Überprüfung und Zuweisung der Inlandsstipendien betraut wird.

3. Unterschriftenaktion: Angeregt von der Hochschulgruppe Wien wird zur Bewußtseinsbildung der Studenten und der zuständigen Stellen unseres Landes eine Unterschriftenaktion zur Hebung der Stipendien durchgeführt. Der SH-Ausschuß befürwortet diese Aktion und spornet alle Studenten zur Beteiligung an.

Gespräche und Interventionen

1. Zur Vorbereitung der Studententagung zur Universitätsfrage wurden vier Sitzungen mit verschiedenen Verbänden der deutschen Volksgruppe abgehalten. Siehe eigenen Artikel in dieser Nummer (5. 7).

2. Gespräch mit Sek. Staatsrat Dr. Rieger und Ministerialrat Dr. Sagbain im österreichischen Unterrichtsministerium am 23. Jänner 1974 (über 3 Stunden). Seitens der SH: Klobitzscher und Guller.

Es war ein Versuch unsererseits wie

auch selbst aus österreichischer Unterrichtsministeriums, die gegenseitigen Beziehungen zu normalisieren.

a) Zur **Studentenratung** der SII: Dr. Rieger sagt, er will sich in die Unterverfatsdiskussion nicht einmischen.

b) Die SII reklamiert wegen der **Arbeitsplatzschwierigkeiten**, die trotz der Europäischen Konvention über die Gleichverfügbarkeit der Arbeitsplätze immer wieder gemacht werden, und legt eine Liste von Studenten vor, die in letzter Zeit Zusatzaufstellungen ablegen mußten. (Sektionschef Rieger nahm dies auch gleich in die Hand und brachte es am folgenden Tag Prof. Drummer im Wissenschaftsministerium und Dr. Walser im Außenministerium vor).

c) bezüglich **Stipendien**, Österreich sei froh, wenn künftig Italien durch das „Eressalaris“ eine große finanzielle Belastung abnehme. Selbstverständlich sei gerade Rieger, König, Österreich während seiner Aufenthalte und so die Lebenshaltungskosten nicht weit von oben.

d) Dank für die finanzielle Hilfe Österreichs an Südtiroler Studierende.

7. Zwei Gespräche mit Assessor Zeltzer

29. Jänner 1974:

a) Bülitzische legt den Standbericht der SII zur Universitätsstufe dar.

b) Ass. Zeltzer informierte über seine „Venen-Reise“.

Wissenszentrum der Verhandlungen zwischen Italien und Österreich in der **Scientific Commission**, Jännerhalbe 1973 bzw. 1974 konzentrierte um Studienordnungen in Österreich (Magister in Philosophie, Pädagogik, Psychologie, Lehramt, Germanistik, Anglistik, Romanistik, Musik, Mathematik, Chemie, Sprachwissenschaft, Geschichte, Klassische Philologie, Maschinenbau, Bauingenieur und Luftfahrttechnik). - Das ganze Paket mit den verschiedenen Studienordnungen liegt bereits im römischen Außenministerium zur Verabschiedung.

Im Spätherbst 1974 wird sich die Gemischte Kommission voraussichtlich zur Verhandlung der gegenseitigen Anerkennung prüfen.

- **Konferenzkennzeichnung** (wie oben im Sozialsektor und Technik). Seit 1970 wird geregelt, sollte beim in der Gemischten Kommission wieder nicht passieren, so wird Südtirol und Österreich in dieser Angelegenheit eine eigene Kommission fordern.

- **Teilprüfungs-Anerkennung**: Intervention Zeltzers bezüglich Jura in Padua (bei Prof. Bacciotti und Prof. Zuccheri; vgl. SKOLASE 1/1974, S. 10). Zeltzer meint, es „mitine“ generell ein Plan zur Regelung der Teilstudien von Südtirol ausgearbeitet werden. Zusatzprüfungen sollten weiterhin in den konkreten Fällen geregelt werden.

- **Spezialstudien** (Ärzte, Archivar usw.): Zunächst soll man es lauter verfügbar versuchen; erst bei Schwierigkeiten über die Außenministerien.

- **Zusammenarbeit Padua-Fernstudium**: Das österreichische Außenministerium (Walser) will die Meinung der SVE!

9. April 1974:

a) SH-Intervention bei Ass. Zeltzer in konkreten Fällen der **Stichtatfraktion** (z. B. Verona weist die gesetzlich geregelte Anerkennung des „Dottorato scient. commercialis“ zurück).

b) **Aufbacher** legt die Forderungen zum **Presidario fürs Ausland** vor (siehe weiter oben).

c) **Landesschulbehörde**: Die Studenten sind nicht vertreten, obwohl im Gesetz 477 (Gazzetta Ufficiale vom 16. August 1973) steht: „Sentenza almeno disciplinata e modulata di partecipazione degli studenti di età non inferiore ai 16 anni ai diversi organi collegiali.“ - Ass. Zeltzer macht geltend, das im gleichen Gesetz in der Aufstellung der Mitglieder der Landesschulbehörde die Studenten nicht genannt seien. Aber der Landesschulbehörden wurde 1973 schon mitgeteilt, daß die aufzuführende Behörde nur ein Präsidium darstellt.

d) **Konkrete Forderung** der SII, eine eigene **Studentenratung** im Assessorat für Schule und Kultur oder im Assessorat für Wirtschaftsprüfung und Beschäftigung zu führen.

Sepp Kubitzsch

„Tirocinio“ für junge Ärzte

Am 23. März 1974 richtete die SII eine Anfrage an **Landeschulbehörden** Magenta in der Angelegenheit des „Tirocinio“. Es ging dabei um die **Anwesenheitspflicht der Jungärzte im Regionalkrankenhause von Bozen**.

Am 18.4.1974 erhielten wir die Antwort, die wir im folgenden vollständig abdruckten.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich bestätige den Inhalt Ihres Schreibens vom 29.3.1974, betreffend obige Angelegenheit. Ich kann Ihnen dazu mitteilen, daß sich vor ungefähr einem Monat auch die **Präsidenten der Bezirkskrankenhäuser** mit diesem Problem zu tun gezwungen haben. Auf me-

ne Bitte hin hat mir Herr Sanitätsdirektor Dr. Kuno Steger eine Stellungnahme dazu überreicht, ich will Ihnen diese hier zusammenfassend wiedergeben:

Voraussetzung für die Zulassung zum **Spezialstudium** ist für die Jungärzte eine praktische Ausbildung von 6 Monaten, die nur an Universitätskliniken, in Regionalkrankenhäusern oder in anderen vom Sanitäts- und Unterrichtsministerium anerkannten Krankenhäusern absolviert werden können. In der Provinz Bozen bis heute nur im Regionalkrankenhause in Bozen. Das **Arztbildungsgesetz** schreibt eine **Bescheinigung** der Anwesenheit der Jungärzte in diesen Krankenhäusern vor zu diesem Zweck werden also die Präsenzen geführt. In vergangener Zeit wurde diese Vorsehung im Krankenhaus von Bozen nicht streng befolgt, um den Bezirkskrankenhäusern in ihren Schwerpunktfeldern entgegenzukommen. Der Sanitätsdirektor von Bozen kann diese Verantwortung jetzt aber nicht mehr übernehmen, da von verschiedenen Seiten Anstrengungen gemacht werden, die die Gefahr mit sich bringen, mit der Staatsverwaltung in Konflikt zu kommen. Um der Jungärzten die Arbeit in Bezirkskrankenhäusern aber nicht vollkommen unmöglich zu machen, ist man überlegen gekommen, daß von Ärzten, die auch in Bezirkskrankenhäusern arbeiten, eine **Präsenzliste** in Bozen nur einmal am Tage unterschrieben werden muß. Ich weiß, daß diese Lösung von den Jungärzten fast unumkehrbar Optimalerung. Über das ausdage Landesschulministerium informiert werden; bereits in nächster Zeit soll das Krankenhaus von Bozen die oben erwähnte Anerkennung erhalten.

Hochachtungsvoll

Der Präsident*

Dr. Silvio Mazzoni

Arbeitsangebote für Akademiker

Der **Landesschulbehörden** Bozen sucht einen **Lehrer** oder **Wirtschaftswissenschaftler** für das **Industriemuseum** Anfragen an Dr. Faur, Landhaus, 39100 Bozen, Tel. 26225.

Das **Assessorat für Schule und Kultur** der Südtiroler Landesregierung sucht einen **Lehrer**.

Die **Präsidentin** Dr. Kneifinger, Meran, sucht einen **jungen Arzt**, wenn möglich mit **Spezialprüfung**, Hauptberufsbereich **Medizinische Abteilung**, etwas **Chirurgie**.

Das **Montedison-Werk** in Bleich sucht einen **Dr. Ing.** (Elektrik) oder der Reihenfolge nach: **Elektronik, Elektrotechnik, Maschinenbau**. Anfragen an das Werk selbst oder an den **Bürgermeister** von Meran, Herrn **Piozini**, Pöblitzer

Drei Campingplätze in Italien suchen für die Zeit vom 1. Mai bis Ende September (auf bis sechs Studenten für das Empfangsbüro bzw. die Kass. Geboren werden Verpflegung und Unterkunft sowie 120.000 bis 150.000 Lire monatlich.

Anfragen von Interessenten direkt an die Campings:

- **Camping Sforza**, Via del Mare 11, 64020 Colonna Spiaggia (Verona);

- **Camping Baia Verde**, 38040 Paura Ala (Grosseto);

- **Camping Mare Pinna**, Lido degli Estensi, 44024 Ferrara.

Das **Hotel Mandacchio**, 39100 Bozen, Telefon 21429, **Piazz-Strasse 15**, sucht für die Sommermonat zwei **Speiseträger** und einen **Getränkewart** (männl. oder weibl.). Anfragen direkt an das Hotel.

Promotionen

BENDETTA Günther,
Kalttern

Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Botanik-Geologie, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: „Kälteresistenz von Tanne (*Abies alba* Mill.), Lärche (*Larix decidua* Mill.) und Edelkastanie (*Castanea sativa* Mill.).“

BRUNNER Alois,
Brixen

Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Florenz. Dissertationsthema: „Lo sviluppo storico del principio di legalità.“

DEJORI Margarethe,
Bozen

Promotion zum Doktor der Handelswissenschaften an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Studio della regressione e della correlazione fra le principali variabili macroeconomiche.“

EGGER Helmuth Wlfl,
Lana

Graduierung zum Diplom-Ingenieur der Architektur (Vertiefung Urbanistik) an der Technischen Hochschule Graz.

FRENES Norbert,
Bozen

Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Physik und Mathematik, an der Universität Wien. Dissertationsthema: „Bestimmung des Wirkungsquerschnittes der Reaktion $Cr^{52}(n,\gamma)Cr^{53}$ für 14-MeV-Neutronen, differenziert nach der Anregungsenergie des Erdkernes.“

HASSL Verena,
Bozen

Promotion zum Doktor der Pädagogik an der Universität Florenz. Dissertationsthema: „Der Identitätsbegriff in den Ansätzen von Bandura und Erikson.“

v. LUTTEROTTI Andreas,
Kalttern

Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Wien.

MARCH Josef,
Schabs

Graduierung zum Diplom-Ingenieur, Fachrichtung Architektur, an der Technischen Hochschule Wien.

PAMER Matthias,
Moos/Passerier

Graduierung zum Diplom-Tierarzt an der Tierärztlichen Hochschule Wien.

PICHLER Josef,
Deutschnofen

Promotion zum Doktor der Handelswissenschaften an der Universität Verona. Dissertationsthema: „L'attività di Factoring nella Repubblica Federale Tedesca“.

REGELE Reinhold,
Bozen

Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Wien.

SCHMID Josef,
Weisberg

Promotion zum Doktor der Sprachwissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Ein Beitrag zur Interpretation Walter Benjamins ‚Ursprung des Trauerspiels‘. Zur Wahrheits-, Geschichts- und Kunsttheorie.“

SCHRÖTT Baltbasar,
Verdings

Promotion zum Doktor der Theologie an der Universität Tübingen. Dissertationsthema: „Die Idee in der Geschichte“.

SCHWIENBACHER Karl,
St. Walburg/Uthen

Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Der österreichische Bundespräsident - Vergleich mit dem italienischen Staatspräsidenten.“

SPINELL Monika,
Bozen

Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Psychologie, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: „Über die diagnostische Valenz sensomotorischer Leistungsmessungen bei Sonderschülern.“

skolast

Südtiroler Hochschülerzeitschrift

Herausgeber und Verwaltung:
Südtiroler Hochschülerschaft,
39100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 2 46 14

Redaktion: ELMAR LOCHER
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: WALTER FILL

Druck: Ferrari-Auer, Bozen

Anzeigenpreis: die 60 mm breite Zeile Lire 60

Skolast, 4—6 Hefte im Jahr Einzelpreis Lire 300

Abonnement: Italien Lire 1500
Österreich öS 70
Deutschland DM 12

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen

Österreich: Creditanstalt - Bankverein Innsbruck, Konto Nr. 89-64371

Deutschland: Bayerische Staatsbank, München, Konto Nr. 94-098

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.

Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. 1/56, Erlaß vom 18. Juni 1956
Spedizione in abbonamento postale - Gruppo IV, 70%.
